

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

57. Sitzung
2. Oktober 2025

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.05 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0278](#)
ArbSoz
Bedarfe und Entwicklung der allgemeinen unabhängigen Sozialberatung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0279](#)
ArbSoz
Bezirkliche Sozialämter: Aktuelle Situation und Ausblick
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0173](#)
ArbSoz
Aktuelle Lage und Herausforderungen in den Berliner Sozialämtern
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu führen wir eine Anhörung durch. Wir freuen uns sehr, dass wir einerseits Herrn Wohltmann hier haben, Sprecher der Berliner Arbeitsgemeinschaft Allgemeine unabhängige Sozialberatung, und es freut uns auch sehr, dass Hannes Rehfeldt, Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Neukölln anwesend ist. – Vielen lieben Dank, dass Sie mit uns die Zeit verbringen und Ihre Expertise heute hier einbringen. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Danke, Herr Kurt! Dann machen wir das so. – Dann kommen wir zur Begründung der Besprechungsbedarfe. Ich denke, das macht Herr Wohler. – Bitte schön!

Björn Wohler (CDU): Die Lage in den bezirklichen Sozialämtern ist, wie wir alle wissen, weiterhin herausfordernd, und ich glaube, das ist sehr freundlich formuliert. Das liegt nicht an den motivierten Mitarbeitern, die weiterhin am Limit arbeiten. Das liegt sicherlich auch nicht an engagierten Stadträten, die in internen Runden und auch in öffentlichen Briefen die Anliegen deutlich machen und auch im Gespräch mit dem Senat sind, sondern das liegt, glaube ich, vor allem daran, dass zu wenige Mitarbeiter analog versuchen müssen, das außerordentlich hohe Arbeitsaufkommen zu bewältigen. Die Folge für Betroffene – wir alle kennen das sicherlich aus Gesprächen in unseren Bürgerbüros – ist, dass teilweise Monate vergehen, bis zum Beispiel die Grundsicherung ausgezahlt wird, eine existenzsichernde Leistung. Ich glaube, das ist ein Zustand, der so nicht akzeptabel sein kann. Die personelle Situation muss weiter verbessert werden. Wir müssen digitale Verfahren etablieren, und ich glaube, wir haben nur noch ein sehr kurzes Zeitfenster, weil die Legislatur endet. Es steht ein Haushaltsbeschluss an. Also wenn wir etwas erreichen wollen, dann ist es jetzt richtig, auch mit der heutigen Anhörung, die Lage noch mal zu beleuchten.

Viele der Personen schlagen dann natürlich auch, nicht nur aus diesem Grund, aber auch aus diesem Grund, in der unabhängigen Sozialberatung auf. Auch da haben wir einen erheblichen Mehrbedarf. Es gibt immer mehr Menschen, die sich an die Sozialberatung wenden oder die-

ses Angebot in Anspruch nehmen können. Wir haben auf der anderen Seite im Haushaltsentwurf, zumindest was den Ansatz betrifft, etwas weniger Geld eingestellt. Zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass in den letzten Jahren der Ansatz gestiegen ist, aber ich glaube, wir müssen heute zum einen aufklären: Wie kommt es zu diesem Ansatz, der jetzt im Haushaltsentwurf steht? Ich glaube, da ist auch der Austausch mit der gegründeten Arbeitsgemeinschaft der unabhängigen Sozialberatung sehr wichtig, um uns mal einen Stand zu holen: Wie ist die Realität? Was fließt wirklich ab? Was sind die Bedarfe der Gegenwart und auch der Zukunft? –, sodass wir uns dann auch mit Blick auf die Änderungsanträge noch mal ein Lagebild verschaffen können, und ich glaube, dass wir uns alle einig sind, dass wir die unabhängige Sozialberatung sowohl in der Gegenwart als auch perspektivisch weiter stärken wollen, weil das auch unabhängig von den Sozialämtern ist. Es gibt noch ganz viele andere Fälle, die dort Betroffene einbringen. Dass die Menschen dort ein Angebot brauchen, eine Stelle, an die sie sich wenden können, Unterstützung erhalten, das gehört zur sozialen Infrastruktur dazu. Insofern danke ich den Anzuhörenden, dass Sie heute da sind und uns noch mal ein Lagebild verschaffen, sodass wir dann gemeinsam in der Lage sind, idealerweise weitere Verbesserungen miteinander zu verabreden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für die Begründung der Punkte 3 a und 3 b. Ist die Begründung des Punktes 3 c gewünscht? – Bitte schön, Herr Kurt!

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank auch meinerseits und im Namen meiner Fraktion! – Die aktuelle Situation in den Sozialämtern ist nicht mehr herausfordernd, sie ist katastrophal. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, ich habe das damals mal abgefragt, dann haben wir jede Woche 4 000 Menschen, die da hingehen. In Mitte sind es 800 bis 900 Personen. Ich verstehe alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Stelle irgendwann kollabieren. Das ist die Situation, die wir haben, und das, was passieren wird, ist, dass die Menschen in Berlin sagen werden und wahrnehmen, dass der Staat nicht funktioniert. Darum geht es. Es geht nicht nur um die Frage: Wer bekommt welche Sozialleistung? –, sondern es ist dieses berühmte Bild vom Failed State. Das ist genau das, was Menschen wahrnehmen, und zwar gerade zu dem Zeitpunkt, wo sie mittellos sind. Das ist genau der Punkt. Deswegen brauchen wir hier dringend eine Lösung. Ich freue mich sehr über die Anzuhörenden. Es gibt auch zwei offene Briefe. Vielleicht kann Herr Rehfeldt dazu gleich auch noch etwas sagen. Uns würde natürlich brennend interessieren: Was planen Sie als Senat, und was brauchen Sie auch als Bezirk, um hier zu einer strukturellen Verbesserung der Lage in den Sozialämtern zu kommen?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank für die Begründung von Punkt 3 c. – Dann kommen wir zu unseren Gästen. Ich gehe davon aus, Herr Wohltmann, Sie fangen zunächst an und dann Herr Rehfeldt, oder andersherum? Haben Sie sich abgesprochen? – Bitte schön!

Nils Wohltmann (BAG AUSB): Ich fange einfach mal an und würde zu den drei Punkten etwas sagen. Zu b und c würde ich es zusammenfassen. Vielleicht noch mal ganz kurz vorweg: Die Berliner Arbeitsgemeinschaft Allgemeine unabhängige Sozialberatung ist ein Fachverband aus allen berlinweiten Sozialberatungsstellen, die allgemeine Sozialberatung anbieten. Das heißt, ich rede jetzt auch aus dem Berliner Blick als stellvertretender Sprecher dieser Berliner Arbeitsgemeinschaft. Ich würde, bevor ich auf die Bedarfe eingehe, noch mal ganz kurz sagen: Allgemeine Sozialberatung, was ist das eigentlich? –, weil das auch immer sehr viel vermischt wird. Wir definieren, und dazu haben wir auch ein sehr schönes Kurzkonzzept geschrieben, das ich bei Bedarf auch gerne aushändigen oder ans Protokoll anhängen kann:

Allgemeine Sozialberatung ist so eine Art hausärztliche Funktion im Sozialen, das heißt, erste Anlaufstelle. Wir machen aber natürlich auch Fachberatung. Die Fachberatung ist vor allem im Bereich Existenzsicherung. Wir reden über SGB II, Bürgergeld, SGB-XII-Leistungen, Wohngeld, Kinderzuschlag. Das ist ein sehr breites umfangreiches Feld, wo wenig Fachberatung in Berlin angeboten wird. Diese Lücke schließen wir, und wenn da noch andere Bedarfe sind, wo wir weiterleiten können, leiten wir weiter. Oftmals gibt es dieses Gerücht, wir würden nur Clearing-Beratung machen. Clearing ist kein Inhalt einer Beratung. Das ist eine Methode. Alle in der Sozialarbeit machen Clearing, aber wir haben auch Inhalte, zu denen wir beraten. Daraus kann ich auch gleich die Bedarfe ableiten.

Wir stellen fest, es gibt eine unglaubliche Steigerung der Anfragen, also vermehrte Anfragen. Es gibt komplexere Fallkonstellationen. Wir müssen lange Beratungen durchführen in der allgemeinen Sozialberatung. Es ist sehr schwierig, das zeitlich einzuordnen. Wir haben vor allem steigende Fragen im Bereich Altersarmut, Erwerbsminderung, also dem klassischen Fall SGB XII. Da werde ich später auch noch auf die Behörden eingehen. Das ist ein allgemeiner gesellschaftlicher Trend. Die Renten sinken tendenziell, Menschen verarmen im Alter, und natürlich sind das auch sehr vulnerable Personengruppen. Wir reden über Rentnerinnen und Rentner, die nicht mobil sind, über erwerbsgeminderte Menschen. Sie brauchen Beratung. Sie kennen sich im System nicht aus. Für sie ist das SGB XII teilweise auch etwas völlig Neues. Sie sind das erste Mal im Leistungsbezug. Wir haben Familien und Alleinerziehende mit Einkommen, die Ansprüche auf Wohnung und Kinderzuschlag haben. Das Wohngeld ist zweimal gestiegen, 2023 und 2025, und mittlerweile auch eine existenzsichernde Sozialleistung geworden, das heißt, da haben wir vermehrt Anfragen. Diesen ganzen Anfragen können wir kaum Herr werden, um das mal ganz klar zu sagen. Wir sind überrannt.

Dann kommen Fragen zu drohendem Wohnraumverlust, Mittellosigkeit, Energieschulden. Das sind die ganz schlimmen Fälle, wo wir schnell handeln und eigentlich schnell Termine anbieten müssen, was wir nicht immer können. Wir haben teilweise Wartezeiten für Termine von mehreren Wochen in den Dienststellen. Wir haben im September mal eine Umfrage unter den Beratungsstellen gemacht. Wir stellen fest, in den offenen Sprechzeiten werden sie überrannt. Da müssen Leute nach Hause geschickt werden. Wir können den Beratungsbedarf nicht mehr abdecken. Wir verstehen uns als nicht konsumtiv, sondern wir sind präventiv. Wir sind eine gute Investition, weil wir da ansetzen, bevor die Notfälle entstehen. Das ist ein bisschen wie in der Jugendhilfe. Da sagt man auch, jeder Euro, der investiert ist, lohnt sich mehrfach. Wenn unsere Beratung gut läuft und bedarfsdeckend ist, haben wir weniger Wohnungsnotfälle. Wir haben weniger Energieschulden. Wir haben weniger Probleme in der Jugendhilfe und in anderen Bereichen. Deswegen sind wir ein guter Indikator, weil die allgemeine Sozialberatung allen Menschen offen steht. Wir sind keine zielgruppenspezifische Beratung. Wir merken Trends in der Stadt sehr schnell bei uns, und im Austausch stellen wir das auch fest.

Was wir auch feststellen, und das ist schlimm, ist, dass das Beratungsumfeld teilweise gekürzt wird, also wir reden über Migrationsberatungsstellen, Schuldnerberatung ist auch in der Überlegung, da Gelder zu kürzen. Immer wenn etwas gekürzt wird, steigt bei uns der Bedarf, weil die Leute nicht wissen, wo sie hin sollen, und dann gibt es mehr Anfragen bei uns. Wir sehen auch, wenn wir die Beratungen machen, dass es lange braucht, um allgemeine Sozialberatung anzubieten. Das ist ein breites sozialrechtliches Feld. Wir sagen immer, wer da anfängt, kann in der Regel erst nach einem halben oder einem Jahr vollumfänglich beraten, das heißt, es braucht lange Einarbeitungszeiten. Das Personal muss qualifiziert werden. Bei Stellenunsi-

cherheit und Kürzungen wandert Fachpersonal ab, und dann sinkt natürlich auch die Möglichkeit, Menschen zu beraten, weil erst neues Personal eingearbeitet werden muss. Deswegen sagen wir, es braucht eigentlich einen jährlichen Mittelaufwuchs von mindestens 8 bis 10 Prozent. Wir haben steigende Tariflöhne. Wir haben steigende Erfahrungsstufen, weil, wie gesagt, langjährige Kolleginnen und Kollegen dort sind. Sie müssen in dem Job bleiben. Die meisten in den Wohlfahrtsverbänden arbeiten nach Tarifen. Nullrunden bedeuten für uns Kürzung des Beratungsangebots. Das ist immer ganz wichtig zu sagen. Das heißt, eine Nullrunde alleine reicht uns nicht. Da müssen wir trotzdem reduzieren, und das bei schon überrannten Anfragen. Das ist ein Problem. Deswegen würde ich zusammenfassend sagen: Der Bedarf steigt. Es gibt mehr Armut in der Stadt. Es gibt mehr Beratung im Bereich der allgemeinen Sozialberatung. Wir brauchen deutlich mehr Mittel, um Folgeschäden und Mehrkosten an anderen Stellen zu verhindern.

Jetzt würde ich ganz kurz auf die Lage in den Sozialämtern eingehen, was unsere Perspektive ist. Wir reden mittlerweile intern von einem Ämternotstand. Die Erfüllung der gesetzlichen Existenzsicherung ist in den Sozialämtern nicht mehr gesichert. Menschen warten teilweise Monate auf ihre Leistungen, um ihre Miete zu bezahlen, um sich Essen kaufen zu können. Wie gesagt, das sind vulnerable Personengruppen. Sie sind verzweifelt. Sie weinen. Wir bekommen Existenzen mit, die wirklich dramatisch sind. Wir stellen auch fest, in den Sozialämtern ist guter Wille da, aber ein unglaublicher Personalnotstand. Personal brennt aus. Ich kann mal ein Beispiel machen: Als ich noch in der allgemeinen Sozialberatung in Spandau gearbeitet habe, hatten wir irgendwann eine Kooperationsabsprache mit dem Sozialamt, dass wir bitte bei dringenden Notfällen eine E-Mail schreiben können. Da hat sich eine Teamleiterin samstags Vormittag hingesetzt und die Fälle abgearbeitet. Unter der Woche war das nicht möglich. Sie ist dann irgendwann krank geworden, und so läuft das in allen Ämtern. Die, die noch wollen, die für die Menschen sorgen wollen, die die gesetzliche Aufgabe wahrnehmen wollen, brennen wahnsinnig aus in diesem Job. Das Personal wandert ab. Kolleginnen und Kollegen werden eingearbeitet und wandern nach einem halben Jahr wieder weg. Dann bricht es wieder ein. Das beobachten wir. Das merken wir auch im Austausch mit den Sozialämtern. Das ist in allen Bezirken so. Aus allen allgemeinen Sozialberatungsstellen, die mit den Sozialämtern Kontakt aufnehmen, gibt es die Rückmeldung: Das Personal ist willig, aber am Ende. Die, die bleiben, finden ihre Art, damit umzugehen, und das ist oft kein respektvoller Umgang mit denjenigen, die nach den Leistungen fragen und die Anträge stellen. Wir hören Berichte, dass Leute angeschrien werden, dass sie geradezu verjagt werden aus den Sozialämtern: Wir haben jetzt keine Zeit für Sie. Wir können Ihr Anliegen nicht bearbeiten. – Aber das sind Menschen, die können ihre Miete nicht bezahlen. Sie haben nichts zu essen, und das ist natürlich sehr dramatisch.

Wir sehen einen Papierkrieg in den Behörden. Es fehlt in den Sozialämtern völlig an Digitalisierung, die Arbeitsprozesse auch beschleunigen kann. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Wir sehen Berge von Papier auf den Schreibtischen. Es geht weniger darum, die Antragsstellenden zu digitalisieren, aber wenn Anträge gestellt werden, ist es sinnvoll, dass die Antragsverfahren digitalisiert sind, weil sie effizienter und besser sind. Das würde auch dazu führen, dass Anträge schneller bearbeitet und auch von mehreren Personen bearbeitet werden können, denn wenn eine Akte in dem einen Schrank liegt, muss die andere Person erst in den nächsten Raum. Da würde ich mal ein positives Beispiel geben: Bei den Jobcentern läuft es viel besser, wenn Anträge digital bearbeitet werden können. Ähnlich ist es übrigens auch in den Wohngeldämtern. Alle bezirklichen Behörden sind völlig überlastet. Alle bezirklichen Behörden

können ihre Existenzsicherungsfunktionen nicht mehr wahrnehmen. Oftmals sind die Jobcenter dann die Lückenfüller, und da hören wir auch die Rückmeldung, dass sie darüber nicht sehr erfreut sind, diese Lückenfüllerfunktion wahrnehmen zu müssen.

Wir sehen in den Sozialämtern natürlich auch das Problem: Die Verrentungswelle in den Sozialämtern kommt erst noch. Das Fachpersonal wird noch weniger werden, wenn es so weitergeht. Da braucht es dringend ein Gegensteuern. Wir wünschen uns, dass da Ressourcen sind, die ernsthaft die Anträge bearbeiten können, weil sonst die bleiben, die schlechte Laune verbreiten. Das ist immer so. Die halten das aus. Die guten Menschen schaffen das nicht auf Dauer. Vielleicht erst mal so viel. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen lieben Dank für Ihre einführenden Worte! – Ich bin zuversichtlich, dass es zahlreiche Fragen gibt. – Herr Stadtrat, bitte schön!

Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt: Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort! – Ich würde zu Beginn dem Abgeordneten Wohlerth widersprechen wollen: Wir sind nicht am Limit, sondern über dem Limit. Ich habe das aber auch so verstanden, dass das durchaus angekommen ist.

Ich sage Ihnen mal ein Erlebnis, was mir immer noch in meinem Kopf rumschwebt von vor zwei Jahren als ich das Amt angetreten habe, da habe ich alle Dienststellen meines Geschäftsbereiches besucht. Ich war dann im Amt für Soziales im Bereich der Grundsicherung bei einem Team, und die Gruppenleitung, die den Job seit weit über zehn Jahren macht, saß mir gegenüber mit Tränen in den Augen und hat gesagt: Ich kann nicht mehr. –, und die Frau ist kein Jammerlappen, sondern gestandene Verwaltungsmitarbeiterin, die das gelernt hat, die das macht und auch mit Herzblut, und wenn die mir sagt: Ich kann nicht mehr. –, dann haben wir einfach ein Problem.

Es ist gerade schon gesagt worden, die Situation ist aus meiner Sicht so – und ich habe natürlich im Vorfeld mit den anderen Sozialstadträten auch gesprochen –, das sozialstaatliche Leistungsversprechen ist gefährdet, es steht auf dem Spiel, insbesondere dort, wo es um existenzsichernde Leistungen geht. Ein Beispiel: Wenn der Antrag auf eine Mietschuldenübernahme ganz unten im Stapel landet, und der Stapel so hoch ist, dann ist das nicht nur eine individuelle Katastrophe, wenn es daran scheitert, sondern es ist auch rein finanziell eine Katastrophe, weil jeder Wohnungsverlust unglaublich teuer wird.

Ich würde Ihnen gern im Folgenden an vier Themenfeldern darstellen, wo wir besonders Probleme in den Bezirken haben. Das Erste ist der Stand der Digitalisierung – das ist gerade schon angerissen worden. Die Senatsverwaltung für Finanzen fordert von den Bezirken auf Beschluss des Abgeordnetenhauses, Flächen zu reduzieren, vollkommen nachvollziehbar, ich unterstütze das. Es gibt Möglichkeiten, dass wir Flächen reduzieren und anders arbeiten und effizienter arbeiten. Aber, das funktioniert dort nicht, wo wir vollständig papiergebunden arbeiten, wo wir Sprechstunden haben und wo wir auch datenschutzrelevante Aufgaben erledigen. Sozialdaten sind besonders schützenswerte personenbezogene Daten, da können wir nicht wie im Abendschaubetrieb über die Senatsverwaltung für Finanzen morgens Räume zum Buchen einrichten und dann sagen: Dann nehmt euch eure Akten von irgendwo mit, und dann sitzen da drei Leute, und es werden drei Beratungsgespräche in einem Raum geführt, das funktioniert nicht. Das heißt, im Sozialamt – das betrifft aber auch andere Bereiche der Leistungsverwaltung, die papiergebunden sind – braucht es im Zweifel Einzelbüros, und wir können auch kein Desksharing machen, weil die Kollegen nicht im Homeoffice arbeiten können, weil sie wirklich null digitalisiert sind. Darum ist ein ganz wichtiger Punkt, dass die Ämter für Soziales – und das betrifft auch Jugendämter und andere – von diesen Vorgaben der Flächenreduzierung ausgenommen werden bis die Digitalisierung erfolgt ist, und dann können wir gern loslegen, da bin ich sofort mit dabei und auch alle Beschäftigten. Aber bis dahin funktioniert das nicht, und wenn mir dann unter dem Druck, der von der Landesebene aufgebaut wird, gesagt wird, ich muss Flächen reduzieren im Sozialamt, sage ich: Erstens kann ich es nicht und zweitens, ich hätte eigentlich gern noch ein paar mehr Mitarbeiter – da kommen wir später zu –, ich wüsste gerade gar nicht, wo ich die hinstecken soll. Es ist alles knackevoll.

Ein Beispiel, wie es anders geht – die Jobcenter sind genannt worden –, Bundesverwaltung hauptsächlich, komplett durchdigitalisiert, da können selbst Menschen, die so ein Smartphone

nicht bedienen können oder wollen – auch das gibt es noch, im SG XII sicherlich häufiger als im SGB II –, hingehen, ihre Unterlagen einscannen und kriegen dann einen Beleg darüber: Ja, du hast hier heute 7 Seiten eingescannt, die landen direkt in der digitalen Akte. So etwas funktioniert bei uns nicht.

Letzter Satz zur Digitalisierung: Digitalisierung kann nur dann Effizienzgewinne bringen, wenn tatsächlich alle Prozesse digitalisiert sind, und zwar medienbruchfrei. Die reine OZG-Konformität reicht nicht aus. Wenn wir einen digitalen Antrag haben, der dann bei uns in einem Postfach landet, in noch einem weiteren neuen Postfach, wo dann pdf-Seiten einzeln landen, wir diese pdf-Seiten ausdrucken, zur Akte nehmen und dann papiergebunden weiterarbeiten, ist das keine Digitalisierung und auch kein Effizienzgewinn, es ist ein Mehraufwand.

Zweiter Problembereich: die hohe Fluktuation, die wir in den Ämtern für Soziales haben. Wir haben eine abnehmende Qualifikation der Beschäftigten, die wir überhaupt noch gewinnen können. Wir haben kaum noch ausgebildete Verwaltungsmenschen, sondern ganz viel Quereinsteiger. Das ist schön, dass sich Menschen auch dafür entscheiden, in den öffentlichen Dienst und in die Ämter für Soziales zu gehen, wenn sie nicht die entsprechende Ausbildung haben. Wir sehen aber auch, dass die Anzahl der Probezeitkündigungen steigt, weil eben eine oder beide Seiten feststellen, dass es doch nicht funktioniert, und wir sehen, dass die Einarbeitungszeit enorm steigt. Gleichzeitig heißt das: Wir haben längere Vakanzen, weil wir immer wieder neu suchen müssen, und das heißt im gleichen Atemzug höherer Aufwand für die Kollegen, die noch da sind. Mehr Aufwand, Vertretung, Krankheit, das ist das, was passiert. Wir haben Fälle, wo ein Sachbearbeiter am Sprechstundentag 900 Akten betreuen soll, nicht dauerhaft, aber am Sprechstundentag, und natürlich kommen auch nicht 900 Menschen, sondern vielleicht 50 oder 60, aber sich dann in diese Fälle reinzulesen, ich muss das gar nicht weiter ausführen, ich glaube, das ist klar: 900 Fälle kann niemand betreuen und dass jemand dauerhaft tatsächlich 400 oder 500 wegen einer Vertretung hat, kommt auch vor. In meiner Sozialen Wohnhilfe waren am 29. September von 12 Sachbearbeitern zwei im Dienst. In der Eingliederungshilfe hatten wir 30 Prozent Besetzungsstand. Das ist zurückzuführen auf eine Überlastung, die sich dann immer noch potenziert, wenn Menschen krank werden.

Dritter Punkt: Wir nehmen wahr, dass wir einen anhaltend hohen Stand an Vorfallsberichten zu verbaler und körperlicher Gewalt in den Ämtern für Soziales haben. Das ist ein Riesensproblem, was den Job auch nicht unbedingt attraktiver macht. Ich habe meinen Beschäftigten gesagt, dass sie bei jedem Vorfall einen Vorfallsbericht schreiben sollen, und zwar unabhängig davon, ob es ein körperlicher Übergriff war oder in Anführungszeichen nur ein verbaler, denn auch und gerade aus verbalen Übergriffen kann auf Dauer eine enorme Belastung entstehen, was nicht hinzunehmen ist. Es ist gesagt worden, Aggressivität kann einfach auch mit einer enormen Unzufriedenheit einhergehen oder daraus entstehen. Diese Unzufriedenheit ist komplett nachvollziehbar, die Reaktionen oder das, was daraus folgt, natürlich nicht, das ist inakzeptabel. Wir haben einen steigenden Anteil von Leistungsberechtigten, die nicht oder schlecht deutsch sprechen, das führt zu erheblichen Problemen in der Verständigung, und das führt übrigens auch dazu, dass wir erhebliche Ausgaben für einen Wachschutz im Amt für Soziales haben. Das haben wir in anderen Ämtern nicht. Wir steuern da mit Qualitätsmanagement entgegen, wir machen Einarbeitungskonzepte, wir versuchen auch, mit den Menschen zu sprechen, die sich entscheiden, uns zu verlassen, um etwas zu verbessern, denn wir kommen da als Bezirk einfach an unsere Grenzen.

Letzter Themenbereich: Es gibt ja eine Zielvereinbarung, und es gibt ein Verfahren zur prozessbasierten Personalbedarfsermittlung. Das ist gut, dass es das gibt, das unterstütze ich auch. Der Prozess kommt jetzt vielleicht so ein halbes Jahr zu spät. Sie starten jetzt intensiv in die Haushaltsberatungen, in den Bezirken sind sie durch, wir haben am Montag bei uns den Haushalt beschlossen. Wenn ein Ergebnis dieser Personalbedarfsbemessung da ist, ist es für den kommenden Haushalt zu spät. Das heißt, der dringende Wunsch von mir, aber auch von meinen Kollegen Sozialstadträten ist: Sorgen Sie vor dafür! Wenn am Ende das Ergebnis sein kann, und das höre ich aus der Senatsverwaltung für Finanzen, ja, was auch immer daraus kommt, seien es die 1 zu 188 in der Grundsicherung, die die Amtsleiter errechnet haben oder die 1 zu 200, auf die Zahl will ich mich gar nicht festlegen, am Ende muss aber klar sein: Wie viel erwarten wir eigentlich von den Sachbearbeitern in den Ämtern für Soziales? Was sollen die leisten? Sollen die 200 Fälle bearbeiten, 300 oder 400, oder sind es vielleicht nur 150? Wenn das klar ist, muss auch klar sein, wer es finanziert. Es kann nicht sein, dass dann gesagt wird: So, dieses Ergebnis ist eine Argumentationshilfe für euch Sozialstadträte in den Bezirksämtern. Ich würde Sie gern mal in so eine Debatte im Bezirksamt einladen, wenn ich dann hingehe und sage: Guckt mal, wir brauchen 40 VZL für das Sozialamt, bitte Jugendamt, Wohngeldamt und irgendeine Stabsstelle, gebt mal Menschen ab. So wird das nicht funktionieren, weil die Bedarfe überall zurecht groß sind. Das heißt, wir brauchen dann auch eine klare Finanzierung. Das heißt auch, wenn die Fallzahl sinkt, geben wir auch wieder Personal ab – das ist die Logik –, und dazu sind auch alle bereit, aber wir brauchen diese klare Struktur. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Es gibt auch schon erste Wortmeldungen, die dritte kommt jetzt gerade dazu. – Zunächst aber erst einmal die Senatorin für Ihre Stellungnahme – Bitte schön!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ein Thema, das auch in den vergangenen Monaten immer wieder an mich gerichtet wird, auch durch Offene Briefe der Sozialstadträtinnen und Sozialstadträte in Berlin, eine Thematik, die ich auch immer wieder im Senat anspreche, ist, dass die Personalsituation in den Sozialämtern eben sehr schlecht ist. Wir haben zuletzt erreicht, dass wir die 155 BPOs bis Ende nächsten Jahres verlängern konnten. Das ist als Unterstützung auch wichtig. Aber grundsätzlich ist es notwendig, dass wir diesen Zielvereinbarungsprozess, der im letzten Jahr gestartet ist, zu Ende führen, und dort wird gemeinsam mit den Bezirken geguckt, welche Ergebnisse die Sozialämter tatsächlich entlasten können, und so wie ich auch aus meiner Fachebene höre, sollen noch vor der zweiten Lesung des Doppelhaushaltes Ergebnisse dazu vorliegen.

Also, noch einmal, mir ist die Situation – auch mein Staatssekretär bespricht das immer wieder in den Runden der Sozialstadträtinnen und Sozialstadträte – sehr bewusst. In den Gesprächen, die ich mit den Bezirken führe, wird das immer angebracht, und wir sind hier wirklich hinterher, dass die Senatsfinanzverwaltung auch eine Lösung am Ende dieses Zielvereinbarungsprozesses bietet. Ich betone auch immer wieder: Eigentlich müssten wir diese 155 befristeten Beschäftigungspositionen entfristen, damit hier auch Abhilfe geschaffen werden kann.

Zur Situation um die Digitalisierung: Das ist auch ein Schwerpunkt. Die GStU soll ja zum einen auch Entlastung schaffen, was die Sozialämter angeht, aber auch in anderen Fachverfahren sind wir relativ eng mit den Sozialämtern dabei, diese Digitalisierungsprozesse auch zu

verstärken und sind gut unterwegs, hier gemeinsam konstruktiv Lösungen zu finden. Was eine Herausforderung für die Bezirke ist, ist eine E-Akte auch durchzusetzen, gar keine Frage. Als ich mal ein Wohngeldamt besucht habe, war das tatsächlich so mit den Räumlichkeiten: ein riesen Raum voll mit Akten, das ist unglaublich, und im Bereich der Digitalisierung muss Berlin hier einfach viel schneller vorangehen.

Zur Unabhängigen Sozialberatung: Vielen Dank! – Sie haben berichtet, dass die Bedarfe enorm sind, das ist richtig, um nur mal die Zahlen zu nennen: Im Jahr 2022 hatten wir insgesamt 31 740 Personen, die die Allgemeine Sozialberatung aufgesucht haben, im Jahr 2023 34 585 Personen, im Jahr 2024 38 659 Personen, und die Bedarfe sind eben enorm, deshalb ist das, was dort geleistet wird, sehr wichtig, und natürlich würde ich gern noch mehr Mittel da reinstecken, um die Menschen auch zu unterstützen. Es wurde auch erwähnt, dass durch die Aktenlage natürlich Vieles auch für längere Zeiten liegenbleibt. Das führt dann dazu, dass die Menschen in ihrer Existenz bedroht sind. Wenn Mietschulden nicht übernommen werden können, dann droht eben die Wohnungslosigkeit. Das sind Umstände, die aus meiner Sicht so auch nicht haltbar sind. Wir haben deshalb auch in dieser Legislaturperiode die Mittel noch mal massiv erhöht. Um hier auch noch mal die Zahlen zu nennen, was die Mittelausstattung im Jahresvergleich angeht: 2022 wurden in die Allgemeine unabhängige Sozialberatung 1,3 Millionen Euro investiert, 2023 1,36 Millionen Euro in etwa, 2024 1,75 Millionen Euro, 2025 2,2 Millionen Euro, das ist fast eine Verdopplung beim Mittelaufwuchs, das wollte ich noch mal sagen. Insofern kann man aus meiner Sicht auch hier – auch wenn es vielleicht auf den ersten Blick den Eindruck vermittelt, dass wir mit einem Ansatz von 2 Millionen Euro niedriger liegen im Vergleich zu 2025, dem ist aber aus unserer Sicht nicht so – nicht von einer Verkürzung reden, sondern wir sind bei den Ist-Zahlen dann auch noch – wir haben einen Mittelabruf im letzten Jahr gehabt, der unter dem Ansatz war. Wir haben dieses Jahr, Stand September, einen Mittelabruf der bei 1,5 Millionen Euro liegt. Das heißt, auch hier wurde nicht alles abgerufen, und wir sind jetzt mit dem Ansatz im Doppelhaushalt bei etwa 2 Millionen Euro – über dem Ist, was aktuell und letztes Jahr vorhanden war. Deshalb möchte ich hier ungern von Mittelreduzierungen, also von Kürzungen, sprechen. Für mich und meine Verwaltung ist die Unabhängige Sozialberatung eine sehr wichtige Maßnahme, die die Berlinerinnen und Berliner unterstützt. – Danke schön!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank, Frau Senatorin! – Wir haben jetzt vier Wortmeldungen, Herr Düsterhöft – das bin ich –, Herr Kurt, Frau Schubert und Herr Wohler, in dieser Reihenfolge. Sie haben dann natürlich auch die Möglichkeit, auf diese Fragen einzugehen. Wenn es zu viele Fragen werden sollten, geben Sie ein kurzes Signal, und dann machen wir einen Break –, und an den Ausschuss gerichtet: Bei weiteren Fragen sehr gern einfach melden.

Lars Düsterhöft (SPD): Erst einmal vielen Dank für die Ausführungen! – Ich frage mich so ein bisschen, ob die Situation in den Sozialämtern im Senat in Gänze angekommen ist. Das wäre die erste Frage an die Senatsverwaltung, denn das Thema schlägt natürlich zunächst bei SenASGIVA auf, indirekt anscheinend auch bei SenFin. Im Vergleich zu den Bürgerämtern, wo es ja eine Anstrengung des gesamten Senats gab, um die Situation zu verbessern, frage ich mich, ob tatsächlich die Situation in den Sozialämtern auch schon von allen begriffen wurde und von allen auch als eine Aufgabe verstanden wurde, die dringend geklärt werden muss. Inwiefern war das schon Thema im Senat? Gibt es da den Willen von allen beteiligten Senatorinnen und Senatoren, tatsächlich aktiv zu werden? Wie ist die Situation oder wie ist die Ge-

sprachssituation im Rat der Bürgermeister? Gibt es auch dort einen großen Willen, das anzupacken, so wie es auch bei den Bürgerämtern gelungen ist, tatsächlich die Situation zu verbessern? Das wäre ja aus meiner Sicht auf jeden Fall die Grundvoraussetzung dafür, dass es überhaupt besser werden kann, dass alle überhaupt das Problem erkennen. Das wäre meine erste Frage.

Dann genauso die Frage: Welche Möglichkeit der Entlastung gibt es denn, also unabhängig von der Digitalisierung? Dazu gleich noch mal eine Frage. Gibt es in den Sozialämtern Aufgaben, wo Sie als Bezirksstadtrat sagen würden, die gehören dort eigentlich gar nicht hin, wir übernehmen dort als Sozialamt Aufgaben für andere Ämter, die man eigentlich, wenn man ehrlich wäre, dorthin zurückschieben könnte? Also, diese Aufgabenkritik, wurde das schon gemacht oder fällt Ihnen da spontan etwas ein, wo Sie sagen: Also da müsste man eigentlich drüber reden, dass man diese Aufgabe woanders hinschiebt, um die Sozialämter zu entlasten?

Dann natürlich die Frage nach der Digitalisierung: Woran liegt es denn, dass die E-Akte nicht vorankommt? Wann spüren wir die Dinge, die auf den Weg gebracht wurden? Wann können wir mit einer Entlastung der Sozialämter durch eine Digitalisierung rechnen?

Diese drei Fragen hätte ich meinerseits.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Dann Herr Kurt.

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Frau Senatorin, Sie haben letztes im Interview mit einer Berliner Zeitung gesagt: Das Leben in Berlin ist härter geworden. – Ich mache das einfach wie in der Schule, ich warte einfach, bis die Zwischengespräche aufhören. – Das Leben in Berlin ist härter geworden, haben Sie gesagt, und Sie sagen aber auch jetzt gerade: Na ja, wir kürzen ja gar nicht bei der Sozialberatung. Wir wissen aber – und das wissen doch auch Sie, da können Sie zu Ihrer Aussage gerade ja noch mal was sagen –, dass die Armutsbetroffenheit in Berlin zugenommen hat. Wir wissen aus den Rückmeldungen der Sozialstadträte, dass es immer mehr Menschen gibt, die mittellos sind. Ich habe das abgefragt. Ich meine, Sie lesen ja auch die Antworten auf meine schönen Schriftlichen Anfragen, wo die Berliner Bezirke dann sagen, als ich gesagt habe: Na ja, wer kommt denn warum zu euch? – Weil die Leute mittellos sind, weil es akute Fälle von Obdachlosigkeit gibt, weil es immer mehr Fälle von Räumungsklagen gibt, und wir wissen aus Anhörungen hier im Ausschuss, aber wir wissen das auch aus einem kleinen Fachtag, den die Landesarmutskonferenz gemacht hat, dass immer dann, wenn staatliche Stellen mit sozialen Trägern zusammenarbeiten – also wenn ich an die Ombudsberatung in Spandau denke, beim dortigen Jobcenter –, dass das hilft, auch staatliche Strukturen zu entlasten. Deswegen ist das auch gut, dass wir heute eine Anhörung mit beiden haben und nicht getrennt, und deswegen würde mich schon interessieren: Warum planen Sie dort keinen Mittelaufwuchs? –, und wenn Sie jetzt sagen: Ich habe kein Geld. Wir reden hier von 10 Prozent, das sind 200 000 Euro. Sie haben in diesem Haushaltsentwurf für Ihren Leitungsbereich, wo Sie neue Möbel bestellt haben, aus knapp 40 000 Euro knapp 200 000 Euro gemacht. Also das ist nicht so, dass das Geld nicht da ist oder dass wir jetzt von 10 oder 20 Millionen Euro reden, die wir als Abgeordnete oder Sie im Einzelplan nicht so einfach finden würden. Deswegen würde mich schon mal interessieren: Was ist Ihre Vorstellung von der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung in Berlin angesichts eines gegebenenfalls notwendigen Aufwuchses, angesichts der Tatsache, dass wir immer mehr armutsbetroffene Menschen in Berlin haben? Wir wissen das auch aus der Anhörung. Wir hatten mal

19 Prozent, und dann hieß es, wir sind jetzt schon bei 20 Prozent, und wir wissen, dass wir eine hohe Dunkelziffer haben, und ich würde Sie bitten, die Zahlen, die Sie uns genannt haben, ich glaube 36 000 oder 38 000 Menschen, gern noch mal schriftlich zur Verfügung zu stellen, weil ich beim Mitschreiben nicht so schnell war.

Mich würde auch noch mal in Richtung Herrn Wohltmann interessieren: Wenn Sie die Fälle sehen, die bei Ihnen aufschlagen, gibt es bezirksspezifisch Unterschiede, beziehungsweise, Sie sind ja jetzt auch in der Situation, dass Sie ein bisschen filtern müssen im Hinblick auf die Wartezeiten. Was sind bei Ihnen Notfälle? Ich meine, es gibt auch Menschen in der Stadt – das ist kein Geheimnis –, die kommen dann irgendwie mit ihren fünf Problemen, die sie nicht selbst in den Griff bekommen, die sind jetzt aber nicht per se etwas, wo die Menschen morgen mittel- oder obdachlos sind. Also gibt es ein internes System bei Ihnen, wie dort gefiltert wird? Wie organisieren Sie das Wartemanagement? Wir haben dieselbe Diskussion hier im Fachausschuss, wenn es um die bezirklichen Schuldnerberatungen geht, weil wir wissen, dass es einige Beratungsstellen bei den Schuldnerberatungen gibt, die total krass aufgesucht werden und manche, die halt weniger aufgesucht werden. Machen Sie eine bezirksübergreifende Vermittlung, um zumindest sicherzustellen, dass die Wartezeiten nicht bei sechs Wochen liegen, sondern eben in der jetzigen Personalsituation bei ein bis zwei Wochen?

Mich würde auch noch mal interessieren in Richtung funktionierende Sozialämter: Herr Rehfeldt, ich habe – die haben Sie wahrscheinlich auch beantwortet – eine Schriftliche Anfrage zu dem Thema gestellt. Dort habe ich alle Bezirke abgefragt – und Sie haben ja mit Ihren Kolleginnen und Kollegen auch gesprochen –: Was sind eigentlich Notfälle? Es gibt jetzt zwar keine formale Definition, aber was sich rausliest ist: akute Obdach- und Mittellosigkeit, es sind Räumungsklagen und Mietschuldenübernahmen, die Sie jetzt auch angesprochen haben. Wie stellen wir denn sicher, dass Anträge auf Mietschuldenübernahmen in den Papierstapeln nicht ganz unten landen? Brauchen wir einfach, da wir jetzt nicht diese Digitalisierung haben, einen Extra-Papierstapel? Also ist das etwas, was man intern organisiert bekommt? Mich würde interessieren: Wie gehen Sie als Stadtrat mit dieser extremen Mangellage um? Gibt es so etwas wie Notfallstraßen bei Ihnen? –, dass Sie wissen, okay, es gibt Fälle, die muss ich heute oder morgen mit meinem Amt bearbeitet bekommen, wir führen ein System ein, wo wir die absoluten Notfälle extra bearbeiten, um da zu einer Verbesserung zu kommen.

Mich würde interessieren: Wie sehen Sie das Thema Digitalisierung? Ich nenne Ihnen auch ein konkretes Beispiel. Ich wollte von den Bezirken wissen: Was ist mit dem Thema Terminmanagementsystem? Das wäre auch noch mal eine Frage an Sie, Frau Senatorin. Sie werden jetzt den Ball wahrscheinlich in Richtung Senatskanzlei rüberspielen. Aber mich würde das schon interessieren, warum einerseits – an Sie, Herr Stadtrat – einige Bezirke sagen: Na ja, wir sind zwar überlastet, aber wir wollen kein Terminmanagementsystem, zumindest für die Fälle, die keine Notfälle sind, wohlgemerkt. Also mit Notfällen kann man kein Terminmanagementsystem einführen. Aber wenn es jetzt um Anträge auf Verlängerung von bestimmten Sozialleistungen geht, die ohnehin schon bewilligt sind, würde ich schon gern wissen, ob so etwas möglich ist. Aber wie erklären Sie sich, dass es da doch – außer im Bezirk Mitte – eher eine große Ablehnung bezüglich dieses Systems gibt?

Mich würde auch noch mal interessieren, in Richtung von Frau Senatorin: Wir können jetzt natürlich das Spiel Behörden-Pingpong zwischen den beiden Koalitionspartnern spielen. Wofür haben Sie sich wann eingesetzt? Sie können das ja ein bisschen transparenter machen. Wir

wissen ja immer nur: Sie setzen sich für etwas ein, aber wir wissen nicht für was. Deswegen würde mich schon interessieren: Wann haben Sie sich gegenüber der Senatsfinanzverwaltung für was eingesetzt? –, und im Zweifel tun Sie es ja auch schriftlich. Also, was ist mit den BPOs? Da fordern die Bezirksstadträte mindestens eine Entfristung bis Ende 2027, wie Sie wissen. Was ist auf der anderen Seite mit dem Bezirk Mitte, der der Bezirk ist mit den meisten Vorsprachen pro Woche, 850 bis 900 Stück, der seit acht Jahren auf das Terminmanagementsystem wartet, und das auch einführen will? Mich würde interessieren: Was steht in der Zielvereinbarung? Wer hat die Zielvereinbarung verhandelt? Ist da die Senatsfinanzverwaltung am Tisch beteiligt und warum? Um noch mal auf den Punkt von Herrn Rehfeldt zurückzukommen: Haben Sie – ich meine, Sie sind seit zweieinhalb Jahren Senatorin, ist jetzt nicht so, dass Sie erst gestern Senatorin geworden wären – – Warum kommt die Zielvereinbarung zu einem Zeitpunkt, wo der Haushalt für die nächsten zwei Jahre wahrscheinlich schon beschlossen sein wird? Also wie kommt diese zeitliche Schiene zustande? Mich würde auch noch mal interessieren – vielleicht können ja dazu etwas sagen, da liegt jetzt der Ball bei den Fachabgeordneten der Koalition: Was habt ihr vor, um sicherzustellen, dass es mehr Mittel geben wird? Man wird nie als Fachabgeordneter alles komplett umschichten können, aber ich meine, Sie haben ja die Kritik auch von Ihren eigenen Parteifreunden hier gehört. Was ist geplant, um zumindest vorsorglich mehr Personal für die Sozialämter einzuplanen, beziehungsweise um eine effektive Digitalisierung der Strukturen in den Sozialämtern auch zu ermöglichen?

Mich würde abschließend noch in Richtung Senatsverwaltung interessieren: Sie haben jetzt zwei Offene Briefe bekommen, Frau Senatorin. Was planen Sie? Gibt es außerhalb der ganzen Personal- und Digitalisierungsfrage Ihrerseits kurzfristig weitere Möglichkeiten, zum Beispiel, dass Sie – es sind ja nicht alle Sozialämter betroffen –, einigen Sozialämtern mit Wachschutz unter die Arme greifen? Das sind so kleine Maßnahmen, die jetzt nicht im politischen Raum unbedingt diskutiert werden, aber die vor Ort helfen. Haben Sie so etwas in Planung? Können Sie sich so etwas vorstellen? – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Frau Schubert.

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank! Auch vielen Dank von meiner Fraktion an die Anzuhörenden! – Ich habe erst mal eine Frage in Richtung von Herrn Rehfeldt. Wir haben jetzt alle einen eindrücklichen Brief einer Bürgerin bekommen, was es heißt, einen Antrag auf Mietübernahme bei einem Sozialamt zu stellen. Wenn Sie nicht die Wohnung bei einer Genossenschaft hätte, wäre die Wohnung längst weg und damit wäre sie dann in die soziale Wohnhilfe gefallen und müsste untergebracht werden, was in der Regel sehr teuer ist. Deswegen fand ich das auch noch mal sehr plastisch dargestellt, was das Problem ist. Was sind denn Ihre Anforderungen an den Senat, damit es schnell zu einer wirklichen Digitalisierung des Antragsverfahrens kommen kann, um dort Abhilfe zu schaffen? Was sollte der Senat denn tun? Das wäre meine Frage.

Dann die andere Frage: Wird bei Ihnen Videodolmetschen verwendet, auch um die Mitarbeitenden zu entlasten, wenn wir Antragstellende haben, die nicht gut Deutsch können?

Dann meine Frage im Hinblick auf die Sozialämter in Richtung Senat: Gibt es denn eine Reaktion des Senats auf den Brandbrief der Stadträte? Haben sich daraus konkrete Maßnahmen ergeben, oder wird nur mal gesprochen?

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Personalmangel zu beheben? Bleibt es bei den 155 BPOs? Die sind halt befristet, wie es der Name schon sagt, oder wird wirklich darüber nachgedacht, da auch mehr Stellen reinzugeben?

Was ist mit dem Sozialhilfeportal, das offensichtlich nicht funktioniert? Gibt es dazu eine Alternative, oder was ist der Plan? Haben Sie die schwierige Situation in den Sozialämtern schon im Haushalt 2026/2027 berücksichtigt, oder passiert das, was Herr Kurt befürchtet hat: Es wird irgendwann eine Zielvereinbarung geben, aber dann ist kein Geld dafür da?

Meine Frage zu den Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatungen: Sie haben gesagt, die Nachfrage steigt. Mich würde interessieren, wie lange die Wartezeit ist, denn in der Regel melden sich Leute dann, wenn sie wirklich existenzielle Probleme haben. Wie würden sich die Kürzungen im Haushalt – da brauchen wir echt keine Rabulistik, wenn da weniger steht als dieses Jahr, dann ist das eine Kürzung – für Sie konkret auswirken? Sie haben gesagt, selbst eine Nullrunde führt zu Leistungskürzungen, weil die tarifliche Bezahlung zu gewährleisten ist, was richtig ist, was wir, hoffe ich jedenfalls, alle wollen.

Mich würde auch interessieren, weil Herr Rehfeldt von zunehmender Aggression und Gewalt in den Sozialämtern vonseiten Betroffener spricht – Es hat auch etwas damit zu tun, dass viele in einer verzweiferten Situation sind und auch die psychische Belastung vieler Menschen zugenommen hat, was in den letzten Jahren messbar ist. Was ist da Ihr Eindruck aus der täglichen Beratungsarbeit? Ich vermute mal, dass es zusätzliche Kapazitäten braucht, in dieser Situation der psychosozialen Versorgung von Menschen, die in existenzielle Notlagen geraten, noch Dinge zu unternehmen.

Noch eine Frage Richtung Senat: Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts noch geplant, um unter anderem die Allgemeine Unabhängige Sozialberatung zu entlasten? Viel Zeit wird natürlich damit verbracht, Anträge auszufüllen, Abrechnungen zu machen, Berichte zu schreiben, Zeug.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen: Herr Wohler, Frau Atli, Frau Wahlen und Herr Düsterhöft. Wollen wir weitermachen? Passt? – Okay! – Herr Wohler!

Björn Wohler (CDU): Erst mal vielen Dank an die Anzuhörenden für die sehr ehrlichen und transparenten Schilderungen, die uns die Lage sowohl in den Sozialämtern als auch in den Sozialberatungen sehr deutlich gemacht haben. Ich kann es, weil sich die Fragen aller durchaus ähneln, recht kurz machen.

Ein Punkt, der schon ein bisschen angerissen wurde, ist: Auf der einen Seite hat der Sprecher von der Sozialberatung die Steigerung der Anfragen, die komplexen Fallkonstruktionen, auch immer mehr Beratungszeit, die nötig ist, angesprochen, und auf der anderen Seite steht die Betrachtung der Senatsverwaltung, was die Ist-Zahlen betrifft, der Mittelabfluss. Da würde mich noch die Perspektive der Sozialberatung interessieren, wie das zueinanderkommt. Was könnten die Gründe für den vielleicht noch nicht vollen Mittelabruf sein? Ist das etwas, wo man in den Bedarf hineinwachsen muss, weil er real gegeben ist, aber vielleicht aus anderen Gründen der Abfluss so noch nicht gewährleistet werden kann?

An Hannes Rehfeldt gab es schon einige Fragen, die ich gar nicht wiederholen will; vielleicht noch ein paar Worte mehr zu dem ganzen Prozess der Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirksämtern, wie da die Perspektive auf den bisherigen Prozess ist. Der Ausblick wurde schon angesprochen, dass wir nur noch einen sehr eng bemessenen Zeitraum haben, um Din-

ge auf den Weg zu bringen. Weil Sie gesagt haben, ob 150, 200, 300, 400 – – Vielleicht aber noch die Wunschvorstellungen aus Perspektive der Sozialämter: Was wäre eine realistische Zahl, wo man sagt: Hier kommen wir in einen Modus, wo vielleicht noch nicht alles perfekt ist, aber wo wir zumindest das sozialstaatliche Versprechen in einer angemessenen Weise einlösen können, sodass wir dann auch Peaks aushalten können. Es wurde gesagt, an einem Sprechstundentag 900 Akten. Auch solche Situationen müssen bewältigt werden, beziehungsweise die Zahl muss deutlich reduziert werden.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Frau Atli!

Sebahat Atli (SPD): Vorab ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden für die Schilderung der Situation bei Ihnen bei der täglichen Arbeit! – Einige Fragen habe ich, die ich gern stellen möchte. Zunächst einmal: Welche konkreten Bedarfe nehmen Sie derzeit bei den Hilfesuchenden in der Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatung wahr? Gibt es aus Ihrer Sicht Versorgungslücken, die sich regional, bezogen auf die Bezirke und bestimmte Zielgruppen, unterscheiden? Ist die Zahl dahingehend gestiegen, dass man sagen kann, besonders bei älteren Frauen, die Grundsicherungsleistungsempfängerinnen sind, ist die Zahl noch höher gestiegen, was zu erwarten ist, oder haben Sie noch andere weitere Angaben, die Sie uns zielgruppenspezifisch mitteilen könnten, wie das bei Ihnen vor Ort ist? Gibt es besonders belastete Bezirke in den Ämtern? Gibt es Bezirke, weil Sie sich untereinander vernetzen, wo man sagen kann, dort ist es extrem? Natürlich ist Neukölln mitunter ein Extrembeispiel, von Pankow wissen wir es auch. Wir haben das Thema nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung und Agenda. Wir beschäftigen uns damit. Wir alle machen uns Sorgen, Senat und alle Beteiligten, Abgeordnete inklusive. Aber die Lösung ist nicht einfach, schon klar. Die Frage ist: In welcher Weise haben sich die Zahlen seit 2021 entwickelt? Wie hoch sind die Zahlen in der Entwicklung gestiegen? Haben Sie heute vielleicht etwas dabei, das Sie uns mitteilen könnten?

Die Zahl der Fluktuationen in den Ämtern würde mich sehr interessieren. Haben Sie dazu vielleicht eine Zahl, die uns mehr Informationen geben könnte in der Entwicklung beispielsweise von 2021 bis jetzt? Wie hoch sind die Krankheitsfälle bei Ihnen? Der Krankheitsstand, haben Sie mitgeteilt, ist eine große Herausforderung. Wie viele Stellen sind unbesetzt? Gibt es unter Umständen Azubistellen, die besetzt sind, dass man Neurekrutierung auch mitdenkt? Das wäre auch eine Frage, die vielleicht nicht zu verkennen ist.

Ein besonderes Problem war zuvor in den Debatten, die wir hier geführt haben, die langen Antragsunterlagen, die 18 Seiten lang waren und natürlich bei der Erstantragstellung vollumfänglich ausgefüllt werden müssen. Es ist aber nicht zu erwarten, dass sich in persönlicher Hinsicht gerade bei Frauen, älteren Damen, die besonders von Armut gefährdet sind, die Entwicklung dermaßen verändern wird, dass man das neu prüfen muss, beispielsweise die Darlegung von finanziellen Nachweisen, wie viel man wo auf dem Konto hat. Das entwickelt sich bei älteren Frauen auch nicht in besonderer Weise. Sind Ihnen da Veränderungen im Vergleich zu vorherigen Debatten, die wir hatten, bekannt? Können Sie uns die mitteilen?

Zur kurzen Laufzeit der Bewilligungen: Wenn ein Bewilligungsbescheid ausgesprochen wird, gilt er grundsätzlich ein Jahr, in Ausnahmefällen zwei Jahre. Ist da eine Veränderung eingetreten, die Sie entschieden oder eingeführt haben? Das wäre eine wichtige Information für uns.

An den Senat würde ich gern die Frage stellen: Plant der Senat berlinweite Koordinierungs- und Qualitätsentwicklungsmaßnahmen in diesem Bereich? Die Herausforderungen sind so immens, dass man alles miteinander gar nicht lösen kann. Die Themen sind angesprochen, die möchte ich gar nicht wiederholen. Haben Sie vielleicht Pläne oder Ideen, oder ist schon etwas angelaufen, das Sie uns mitteilen möchten in Bezug auf kurz- und langfristige Strategien der Senatsverwaltung, beispielsweise zwischen den Bezirksämtern und den freien Trägern, die vor Ort die Arbeit machen, um jenen, die in der langen Antragsbearbeitung oder Fallbearbeitungskette sind, auch kurzfristig Hilfen und Unterstützung geben zu können, die niedrigschwellig sind? Das wäre sehr wichtig.

Zum Schluss noch die Frage: Wie kann sichergestellt werden, dass sozial besonders benachteiligte Gruppen niedrigschwellig Zugang zu diesen Hilfen bekommen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Zwei haben wir noch, Frau Wahlen und mich. – Bitte!

Catrin Wahlen (GRÜNE): Vielen Dank! – Sie beschreiben wahnsinnig plastisch, wie die Lage vor Ort ist. Wir bekommen die Schreiben der Betroffenen. Die ganz große Frage ist natürlich in Richtung Senat: Gibt es so etwas wie einen Plan, einen Aktionsplan, eine Taskforce mit Zielvereinbarungen zu koppeln, irgendetwas Übergeordnetes, woran Sie und wir alle uns entlanghangeln können? Wenn wir über Digitalisierung reden, finde ich es fast schon ein einen Hohn für alle Beteiligten, wenn man sagt, die Digitalisierung wäre die Lösung, aber wir haben kein Personal, um überhaupt die Digitalisierung durchzuführen. Wir sehen zum Beispiel im Landesamt für Einbürgerung, was es für eine massive Problematik auch in der Übergangszeit ist. Aber wenn es einen Plan gibt, zu einem Ziel zu kommen, dann kann das auch mal zwei Jahre lang ein Kuddelmuddel geben, und die Offline- und Onlineanträge müssen dann parallel bearbeitet werden. Aber wenn Sie nur 30 Prozent oder noch weniger Personal vor Ort haben, weil der Krankenstand so wahnsinnig hoch ist, dann braucht es einen richtig fundierten Plan, eine Taskforce, einen wie auch immer gearteten übergeordneten Impuls, um das hinzubekommen. Vielleicht können Sie uns abgesehen vom Jobcenter noch irgendein Beispiel nennen, ein Best Practice, woran man sich orientieren könnte, irgendein Highlight, irgendetwas, wo es gut funktioniert, wo es geschafft wurde, die Digitalisierung und die Kundenberatung so in Balance zu bringen, dass diese Situation, wie wir sie haben, entschärft wurde.

In Richtung des Senates möchte ich noch fragen: Die akuten Lagen, das ist uns allen klar, sind für die Menschen so existenzbedrohend und lebensbedrohlich, dass es so einen immensen Frust erzeugt, dass es zu Gewalt kommt. Da ist ein logischer Schritt, in Richtung Wachschutz zu gehen, aber das ist auch nur ein Doktern an der Oberfläche. Das Problem ist, dass es zu viel Aufkommen gibt und zu langsam gearbeitet werden kann. Kann dieser hoffentlich existierende Aktionsplan die Beschwerdemöglichkeit und einen schnellen Weg aus der akuten Lage aufzeigen? Ganz konkret: Welche Möglichkeit hat ein Mensch, sich zu beschweren, bei wem, wenn nächste Woche die Räumung droht, weil die Ämter die Miete nicht überweisen konnten, obwohl das schon hätte passieren müssen?

Ich muss noch zu einem Punkt zurückkommen, die Teilhabefachämter. Sie hatten gerade gesagt, 30 Prozent sind vorhanden und an der Arbeit gewesen. Jetzt kriegen die Teilhabefachämter auch noch die Digitalisierung oder die Umstellung der Verträge in der Eingliederungshilfe. Bei schätzungsweise 20 Minuten pro Fall, 28 000 Fälle, sind das weit über

240 Stunden Wochenstunden, die allein für die Umstellung der Verträge bis Weihnachten erbracht werden müssen. Die Frage ist: Gibt es die Kapazitäten wirklich?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Dann habe ich noch einmal das Wort als Sprecher meiner Fraktion.

Lars Düsterhöft (SPD): Erst mal danke ich für die überwiegend sehr fachlichen und sachlichen Fragen! Ich bin gespannt auf die Beantwortung und möchte nur auf zwei Stellen eingehen, was Herr Kurt in die Richtung der Koalition gefragt hat, nämlich, ob wir das im Rahmen der Haushaltsberatungen berücksichtigen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar für einen Hinweis, wo der Titel für die bezirklichen Sozialämter ist. Dann können wir sehr gern im Rahmen der zweiten Lesung gemeinsam beraten, wie wir dort zusätzliche Millionen reinschieben. Wenn Sie da einen Tipp haben, bisher habe ich den noch nicht gefunden, aber Sie werden das ganz bestimmt machen. Wenn man das machen möchte, wenn man als Land Berlin, als Abgeordnetenhaus, an dieser Stelle mehr Macht, mehr Einfluss haben möchte, dann können wir gern gemeinsam als Koalition, als Opposition, alle zusammen darüber reden, dass wir das alles zentralisieren. Da freuen sich die Bezirke, glaube ich, ganz besonders, wenn wir ihnen die Sozialämter wegnehmen. Ich glaube, da gäbe es nicht wirklich eine Zustimmung. Es kann natürlich nicht sein, dass erst die Sozialämter überfordert werden, so lange, bis wir diese Situation haben, und dann wird der Ruf nach einer Zentralisierung laut. Das fand ich schon sehr polemisch, und dementsprechend wollte ich wenigstens auch polemisch darauf antworten. Die Situation ist nicht erst seit gestern so. Diese dramatische Verschärfung der Situation kündigte sich seit Jahren an, und da kann sich keiner zurücklehnen, so wie Sie, Herr Kurt, gerade, und sagen, damit habe ich überhaupt nichts zu tun gehabt. Sie saßen mit am Tisch und hätten das genauso frühzeitig thematisieren und in der alten Koalition mit dafür sorgen können, dass es erst gar nicht dazu kommt. – Das zum polemischen Teil. Wie gesagt, ich freue mich auf die Beantwortung der zahlreichen Fachfragen, und darum muss es jetzt gehen.

Ein Aspekt nur zum Haushalt, wieder sehr fachlich: Wenn es um den Mittelaufwuchs bei der Unabhängigen Sozialberatung geht, dann schauen wir da selbstverständlich genau hin. Wir haben auch einen Berichtsauftrag dazu ausgelöst und bekommen dazu die Antworten. Die Senatorin hat das ein Stück weit heute schon vorweggenommen. Wenn wir einen großen Rahmen definiert haben, und ich kann feststellen, dass wir von 2022 auf 2025 von 1,3 Millionen Euro auf 2,2 Millionen Euro hochgegangen sind – – Wenn wir aber feststellen, dass dieser Rahmen nicht ausgeschöpft wird, egal, aus welchen Gründen, das ist wieder so ein Detail, das man hinterfragen kann und muss, dann ist es tatsächlich keine Kürzung, wenn man den Haushaltsansatz an dem Ist orientiert, und das Ist 2025 steht nicht im Haushaltsplan, das wissen wir alle. Dort ist mit den 2,2 Millionen Euro nur der Rahmen definiert. So fair – – – [Katina Schubert (LINKE): Wir haben ja auch noch kein Ist 2025!] – Richtig! Genau! Wir kennen das Ist für 2025 gar nicht. Deswegen finde ich es problematisch, wiederholt von einer Kürzung zu sprechen, wenn wir gerade dabei sind, darüber zu diskutieren, ob das eine Kürzung ist oder eine Anpassung an das Ist, und wie viel Puffer ist dann noch zwischen dem Ist und dem zukünftigen definierten Rahmen in 2026/2027? Da lassen Sie uns bitte ganz sachlich rangehen und schauen, ob es da tatsächlich den Bedarf eines Nachsteuerns gibt, und dann müssen wir schauen, wie man das hinkriegt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Herr Kurt hat sich natürlich noch mal gemeldet. Bitte, Herr Kurt! Dann machen wir das noch kurz, bevor wir dann bitte zur Beantwortung kommen.

Taylan Kurt (GRÜNE): Ich wollte Ihre Frage beantworten, Herr Düsterhöft, aber ohne Polemik. Fragen Sie mal Ihre Kollegin Derya Çağlar. Die hat in Neukölln einen Wahlkreis, sitzt im Hauptausschuss. Wissen Sie, was passiert ist? Im Rahmen des letzten Haushalts hat das Jugendamt Neukölln Geld für eine Einrichtung in ihrem Wahlkreis bekommen. Wir wissen doch ganz genau, dass es sehr wohl möglich ist. Das machen auch andere Abgeordnete, darum geht es aber nicht. Es ist möglich, als Abgeordnetenhaus zielgerichtet Bezirken Geld zur Verfügung zu stellen. Das passiert ständig, wenn wir an das Thema Jugendarbeit denken. Das kann auch in anderen Bereichen möglich sein. Das würde im Zweifel über den Hauptausschuss laufen. Es ist möglich, wenn wir sagen – Die Stellenpläne sind jetzt beschlossen, okay, aber für den Wachschatz, den ich angesprochen habe, wird sich doch eine Lösung finden lassen. Die Frage ist doch, ob überhaupt der politische Wille da ist. Dazu kann die Frau Senatorin etwas sagen.

Zu Ihrer anderen Anmerkung: Wir haben in der alten Koalition sehr wohl Anträge eingebracht, aber ich kann mich an die 67er-Reform erinnern. Die wurde in der alten Koalition ein Jahr und zehn Monate aufgehalten. Ich frage mich nur, von wem.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich sehe keine weitere Wortmeldung. – Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen. Ich würde sagen, wieder in der gleichen Reihenfolge. – Bitte schön!

Nils Wohltmann (BAG AUSB): Vielen Dank! – Ich gehe jetzt mal ein bisschen zeitlich von den Fragen her vor. Ich werde manche Fragen zusammenziehen, weil sie inhaltlich ähnlich sind.

Vielleicht erst mal ein Wort an die Senatorin: Mittelabrufung und Mittelbereitstellung ist ein Unterschied, völlig klar. Ich hatte extra deswegen eingangs gesagt, die Allgemeine Sozialberatung ist kein normales Feld der Sozialarbeit. Wenn Menschen von der Universität kommen, können sie nicht Allgemeine Sozialberatung machen. Es gibt kaum Studiengänge, die auf diese Tätigkeit vorbereiten. Das macht es so schwer, Fachpersonal zu finden, wenn jemand die Stelle wechselt oder krank wird, sofort jemanden zu finden. Natürlich sind die Differenzen zwischen Bereitstellung und Abrufen der Mittel genau solchen Situationen geschuldet, dass die Fachkräftesuche – Ich kenne das selbst. Ich habe zehn Jahre lang in der Allgemeinen Sozialberatung in Spandau gearbeitet. Wir hatten immer mal wieder ein, zwei Monate, wo wir niemanden gefunden haben, wo wir vertreten mussten. Bei uns ist das heißgelaufen. Das heißt aber nicht – das möchte ich bitte unterscheiden, wir wollen da auch nicht undankbar sein –, dass der Bedarf gedeckt ist, nur weil die Mittel nicht alle abgerufen werden. Das kann man so nicht sagen. Wir sind natürlich über jede Förderung sehr dankbar.

Das Problem ist aber: Die Allgemeine Unabhängige Sozialberatung fing an mit einem Tropfen auf den heißen Stein, und wir sehen den Mittelaufwuchs. Es ist nicht so, dass wir das nicht sehen und nicht wertschätzen können. Das Problem ist, selbst die jetzigen Mittel bleiben ein Tropfen auf den heißen Stein, selbst wenn man dann zwei Tropfen hat, weil wir das Problem haben: Wir haben pro Bezirk ungefähr, wenn es gut geht, wenn wir Sachmittel, Verwaltungskosten, Overhead und so weiter – haben wir maximal zwei bis zweieinhalb Vollzeitstellen. Die sollen für einen ganzen Bezirk alle Menschen, die in Bezug von SGB II, SGB XII, Wohngeld, Kinderzuschlag, andere existenzsichernde – Das geht nicht. Der Bedarf ist da-

mit nicht annähernd gedeckt. Das ist eine gesellschaftliche Realität, und ich finde es ganz wichtig, das erst mal anzuerkennen, was nicht heißt, dass wir es nicht wertschätzen, dass es einen Aufwuchs gab, ohne Frage. Wir brauchen viel mehr. Wir haben mal überschlagen, vielleicht pro 25 000 Einwohnerinnen und Einwohner eine Vollzeitstelle. Dann sind wir bei einer wahrscheinlich guten Bedarfsdeckung, dass alle, die die Beratung bräuchten, sie auch kriegen könnten. Das heißt, wir sind immer noch weit von einer Bedarfsdeckung entfernt, unendlich weit.

Das hat auch damit zu tun, dass diese ganzen Sozialleistungen von Jahr zu Jahr komplexer werden. Wer sich da mal reinfuchst, ich mache das schon seit fast 20 Jahren – Man kriegt echt Kopfschmerzen bei jeder Gesetzesänderung, weil dann wieder das eine Gesetz in das andere greift. Für die meisten Menschen in Berlin ist das ein absoluter Dschungel. Die haben keine Ahnung, auf welche Sozialleistung sie Anspruch haben. Die wissen nicht, wie sie es beantragen sollen. Die wissen nicht, welches Amt für sie zuständig ist. Das wird ja nirgendwo gelehrt und beraten. Auch in den Behörden sind nicht die Kapazitäten. Welches Jobcenter berät denn eine Person, die anfängt, arbeiten zu gehen: Mensch, mit Ihrer Familie haben Sie bei Wohngeld und Kinderzuschlag einen viel höheren Anspruch und kriegen 600 Euro mehr. Die Arbeit lohnt sich für Sie. – Ich spreche das immer wieder, wenn ich mit Jobcentern rede, an, und die sagen: So genau beraten wir nicht. Das können wir doch gar nicht alles ausrechnen.

Wir in den Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatungen rechnen das den Leuten aus. Wir basteln uns Rechenprogramme, wir nutzen Hilfsmittel, um den Leuten zu sagen: Das sind Ihre sozialhilferechtlichen Ansprüche. Schöpfen Sie die bitte auch aus! – Da gibt es einen riesigen Beratungsbedarf, und das sind nicht nur alles Notfälle, das ist klar, aber auch die, die keine Notfälle sind, hätten ein Recht auf eine Beratung und Anspruch auf ihre Sozialleistungen. Wir reden hier von Rechtsstaatlichkeit. Es kann nicht sein, dass Sozialleistungen nicht abgerufen werden, weil kein Wissen darüber da ist. Was ist das für ein Verständnis von Rechtsstaatlichkeit? Das geht nicht. – Erst mal so weit. Das heißt, ich glaube, selbst wenn wir 10 Prozent mehr machen gegenüber dem Budget von diesem Jahr, ist das immer noch nicht genug. Ich verstehe, es gibt Haushaltszwänge, aber zumindest das Niveau halten zu können, wäre uns als Beratungsstellen wichtig, dass wir nicht noch weiter absacken.

Dann sind wir bei dem Beispiel: Wie lange ist die Wartezeit? – Die Wartezeit ist sehr unterschiedlich. Das hängt davon ab: Viele Beratungsstellen arbeiten unterschiedlich. Die einen machen nur Termine. Dann gibt es Beratungsstellen, die geben uns die Rückmeldung: sechs Wochen Wartezeit. Die Leute kommen dann nicht mehr. Niemand macht bei einer Sozialberatungsstelle einen Termin und kommt drei Wochen später. Der Anteil der Leute, die noch kommen, wird immer kleiner. Das heißt, eigentlich braucht es sofort Beratung. Die offenen Sprechstunden, die andere noch anbieten unter hoher Belastung der Arbeit, sind überrannt. Dann müssen teilweise Leute nach Hause geschickt werden. Es ist sehr unterschiedlich, wie die Wartezeiten sind. Deswegen kann man das schwer pauschalisiert sagen. Wir stellen nur fest: Überall herrscht ein immens viel größerer Andrang, als wir beraten können.

Da sind wir bei den Zahlen: Die Zahlen sind bekannt. Die werden von der Senatsverwaltung erfasst. Ich habe sie gerade nicht im Kopf, aber man stellt fest: Gibt es mehr Mittel, gibt es mehr Beratung, das ist sehr offensichtlich, weil mehr Personalkapazität zur Verfügung steht. Deswegen kann man die Zahlen nicht von Jahr zu Jahr vergleichen, weil die Mittel teilweise

unterschiedlich waren. Man müsste es im Prinzip immer auf ein Vollzeitäquivalent runterrechnen, und da beobachten wir eine Intensivierung der Arbeit. Runtergerechnet auf ein Vollzeitäquivalent wird es immer mehr an Beratung und immer komplexer an Beratung.

Es gab noch die Frage im Raum, was beobachtet wird, ob es bezirkliche Unterschiede gibt. Ja, die gibt es. Wir haben Bezirke, wo die Altersarmut stärker und früher zu beobachten ist, gerade die Altersarmut von Frauen, vollkommen richtig. Klar, wer ein niedriges Durchschnittsgehalt hat, hat natürlich auch eine geringere Rente, und deswegen ist die Altersarmutsquote bei Frauen viel größer, absolut richtig. Das beobachten wir auch. Wir haben in den meisten Bezirken sowieso deutlich mehr Frauen als Männer in der Beratung. Auch das ist ein Zeichen dafür: Wer sucht sich Hilfe? Wer ist bereit, Rat anzunehmen? –, leider immer nur die Frauen, nicht die Männer. So ist das. Wir beobachten Bezirke, wo mehr Alleinerziehende sind, mehr Familien mit Kindern. Man merkt, dass viele Familien an die Stadtränder gedrängt werden in günstige, noch einigermaßen große Wohnungen, und so kann man bezirkliche Unterschiede feststellen. Das Problem ist, dass unsere Statistik, die wir für die Senatsverwaltung erfassen, das nicht besonders gut abbildet. Wir haben uns deswegen als Berliner Arbeitsgemeinschaft eine eigene Statistik gebaut, wo man besser unsere Arbeit abbilden kann. Die haben wir erst im Frühjahr dieses Jahres angefangen zu erfassen, und ich denke, dass wir vielleicht nächstes Jahr validere Zahlen zu den Unterschieden in den Bezirken geben können, denn Problemlagen ist nicht dasselbe wie – – Wir haben das noch deutlich erweitert, deutlich mehr Items bei uns erfasst, und deswegen ist es schwierig, bezirksweise Problemlagen darzulegen. Ich kann nur sagen, es ist auffällig: In Charlottenburg-Wilmersdorf herrscht eine sehr große Überalterung, auch in Tempelhof-Schöneberg. Dann haben wir Randbezirke, wo viele Familien mit Kindern hingehen, wo andere Beratungsbedarfe sind. Das ist so die Tendenzaussage.

Es war noch die Frage zur psychosozialen Situation: Ja, wir sind immer auch psychosoziale Beratung. Das müssen wir sein. Die Leute sind, wenn sie in einer existenziellen Notlage sind, psychisch am Limit. Da ist dann viel erst mal auffangen. Bevor die überhaupt aufnahmefähig sind, Informationen zu bekommen, wie man das Problem lösen kann, heißt es manchmal erst mal, eine halbe Stunde zuhören und emotional auffangen. Das sind Menschen, die rutschen – – Wir hören gerade von Älteren Suizidgedanken. Wir hören Verzweifelte, die sagen: Dann gehe ich mit einem Knüppel in die Behörde. – Dann: Nein, auf gar keinen Fall, keine gute Idee. Das wird das Problem nicht lösen. – Da versuchen wir auch eine dämpfende Wirkung zu haben, dass in den Behörden weniger Aggression auftaucht, indem wir schon zielgerichtet sagen: Wir haben eine Lösungsidee. Gehen Sie mal in Ihrem Zustand nicht hin. Das tut Ihnen nicht gut. Wir schicken das jetzt per E-Mail rüber. – Da ist natürlich wichtig, dass Beratungsstellen eine effiziente Möglichkeit haben, Notfälle zu filtern und an die Behörde weiterzuleiten.

Ich habe lange in Spandau gearbeitet. Das Spandauer Ombudsmodell mit dem Jobcenter ist, hoffe ich, in dieser Runde bekannt. Wir haben dadurch viele Fälle viel schneller und einfacher lösen können. Das war sehr gut, und ich muss sagen, dass dadurch auch das Aggressionspotenzial runtergeht, denn wenn die Menschen das Vertrauen haben, die Beratungsstelle kann das mit einer E-Mail lösen, dann gehen sie nicht aggressiv in die Behörde, was in der Situation für keine Seite gut wäre. Wenn das Geld dann nächste Woche auf dem Konto ist, ist die Notlage gelöst. Das sind wichtige Dinge, das zu beachten. Das heißt, Beratungsstellen brauchen mehr Ressourcen und Zugänge zu Behörden, damit es keine Reibungsfläche zwischen Beratungsstellen und Behörden gibt, denn das nützt keinem etwas. Es bringt nichts, wenn wir

immer aufeinander crashen. Wir müssen mit denjenigen in den Behörden, die Lust haben, mit freien Trägern zusammenzuarbeiten, eine Form der Zusammenarbeit finden, um für die Betroffenen einfache, schnelle Lösungen zu machen und um Notlagen zu filtern, denn das passiert bei vielen Behörden nicht. Das Filtern der Notlagen ist eine große Schwierigkeit für die Behörden. Da ist es gut, wenn freie Träger von außen helfen. – Ich überlege gerade, ob ich noch etwas vergessen habe. Erinnern Sie mich daran, wenn ich etwas vergessen habe. Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich danke Ihnen! – Herr Rehfeldt!

Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mir einige Dinge aufgeschrieben. Mal gucken, ob ich alles mitgeschnitten habe. Es gab die Frage, ob die Ämter für Soziales Aufgaben für andere Ämter übernehmen, die man vielleicht abgeben könnte. Das sehe ich nicht. Wir erfüllen die gesetzlichen Aufgaben, und wir wollen sie erfüllen, wollen dafür auch ordentlich ausgestattet sein. Das Einzige in dem Kontext, das ich sagen kann, ist: Bitte nicht noch mehr! Bitte nicht noch etwas obendrauf schaufeln in dieser Situation. Ich erinnere mal an den Berechtigungsnachweis und die QR-Code-Klebeaktion. Das war nicht gut. Das bitte nicht noch mal!

Was können wir tun, hat der Abgeordnete Kurt gefragt, damit die Anträge auf Mietschuldenübernahmen nicht im Stapel landen, und dann möglicherweise Fehler passieren, weil sie nicht fristgerecht bearbeitet werden? – Aus meiner Sicht nur: Die Stapel müssen kleiner werden, weil sie auf mehr Menschen verteilt sind. Das gibt die Möglichkeit, besser zu priorisieren. Das gibt auch die Möglichkeit, dass der Posteingang nicht erst drei Monate liegt, bevor er mal in die Akte sortiert und dann irgendwann bearbeitet wird.

Die Fälle haben wir nicht selten, dass man schon allein mit der Sichtung der Post nicht hinterherkommt. Das liegt, wie gesagt, nicht daran, dass die Kollegen nicht wollen, sondern daran, dass es einfach zu viel ist. Wir versuchen natürlich Notfälle, wo es um akute Mittellosigkeit geht, zu identifizieren. Es gibt dafür die Sprechstunden. Sie wissen es vielleicht: In Neukölln sind die Sprechzeiten ausgesetzt, genau aus den Gründen, die ich geschildert habe. Auch in diesen Fällen sind natürlich Vorsprachen bei Notfällen möglich. Die werden reingelassen und werden dann auch mit dem Sachbearbeiter besprochen.

Warum das Terminmanagementsystem in den Bezirken unterschiedlich gesehen wird: Das ist so. Zum einen halte ich es selbst nicht für eine gute Idee, in dieser Situation hinzugehen und zu sagen, wir bieten Termine an, denn dann sieht es so aus, wie wir es im Bürgeramt vor Monaten noch hatten: Es werden grundsätzlich Termine angeboten, aber es sind keine buchbar, weil die Menschen nicht da sind, weil die Kapazität nicht da ist. Es gibt da noch eine technische Herausforderung. Es sind bisher nicht alle Dienstleistungen in der Dienstleistungsdatenbank hinterlegt. Es ist ein erheblicher Aufwand, alles, was im Bereich Soziales gemacht wird, noch dort zu hinterlegen. Das ist machbar, ist aber auch ein Prozess.

Frau Schubert hat gefragt, wie ich mir eine Digitalisierung der Antragsverfahren vorstellen könnte. Es muss wirklich von Anfang bis Ende durchdigitalisiert sein. Wir brauchen die digitalen Akte, das ist der Kern. Es muss eine sinnvolle Anbindung der Schnittstelle an das Fachverfahren geben, an das Zahlverfahren, das wir haben. Wir haben ja ein digitales Verfahren, aber das ist ein reines Zahlverfahren, es ist keine Aktenbearbeitung, und es macht erst dann Sinn, wenn die Anträge digital eingehen. – Das Sozialhilfeportal, haben Sie gesagt, ist gescheitert, und das, was davon übrig geblieben ist, ist keine Effizienzsteigerung.

Videodolmetscher nutzen wir zumindest bei uns nicht mehr. Mir ist es auch von keinem anderen Sozialamt bekannt. Das heißt aber nicht, dass es das nicht gibt. Bei uns in Neukölln nutzen wir Integrationslotsen, die vor Ort sind. Das ist aus meiner Sicht die noch bessere Lösung, aber auch da ist die Finanzierung immer prekär.

Zu dem Thema Übergriffe und welche Folgen das hat: Sie haben da einen Bezug zur psychosozialen Versorgung hergestellt. Dieser Bezug ist richtig, aber es ist nicht so, dass jeder, der zum Amt für Soziales geht und dann aus der Not oder einer belastenden Situation heraus übergriffig wird, schon in der psychosozialen Versorgung angebunden ist. Das ist eher die Ausnahme. Wir haben in der Ambtsbetreuung natürlich viele Leistungsberechtigte, die eine entsprechende Erkrankung haben und im besten Fall auch angebunden werden. Im Bereich der Grundsicherung und sozialen Wohnhilfe gibt es das, ist aber nicht zwingend. Ich bin auch Gesundheitsstadtrat. Darum nur in dem Kontext der Hinweis: Eine Reduzierung der Mittel im PEP, im Psychiatrieentwicklungsprogramm, ist aus meiner Sicht nicht gut. Im laufenden Haushalt gab es, vom Abgeordnetenhaus beschlossen, mehr Mittel. Die sind erst mal im Entwurf nicht eingestellt, und insofern wäre es gut, wenn man mindestens den Status quo halten könnte, unter Bezug auf die Hinweise, dass der Status quo faktisch immer mit einer Kürzung verbunden ist, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, Inflation, Tarifsteigerungen und so weiter.

Der Abgeordnete Wohler hat konkret zur Zielvereinbarung nachgefragt. Die Bezirke begrüßen diesen Prozess, auch die Fachebene. Die Amtsleitung begrüßt diesen Prozess. Es ist gut, dass es ihn gibt. Das Ziel ist richtig. Er kommt recht spät, gut, so ist das manchmal, und er

dauert sehr lange, aber es ist vollkommen unstrittig, dass wir diesen Prozess brauchen, um am Ende zu einem Ergebnis zu kommen, wo wir sagen: Das erwarten wir von den Beschäftigten, das müssen sie leisten. Wenn sie aktuell mehr leisten müssen als die Ressourcen hergeben, braucht es mehr Ressourcen. Die Wunschvorstellung der Ämter hatte ich schon angedeutet. Die Amtsleitungen haben Kennzahlen ausgerechnet – da kann man sagen, das ist nicht wissenschaftlich fundiert; das stimmt, das ist es nicht, es ist fachlich fundiert –, und da kommen wir beispielsweise – das ist die Zahl, die immer so herumgeistert –, in der Grundsicherung auf 1 zu 188. Es gibt für die anderen Bereiche auch jeweils eine Zahl. Dazu hatte ich schon gesagt, dass das nicht das Ergebnis sein muss. Das Ergebnis kann anders aussehen, sicherlich nicht 1 zu 400. Eine ganz erhebliche Abweichung von diesen 1 zu 188 müsste man mal hinterfragen, wie man darauf kommt, aber wenn es 1 zu 200 sind, 1 zu 180 oder was, dann ist das – – Die 188 sind nicht in Stein gemeißelt.

Es gab die Frage zum Krankheitstand, die ich mir auch immer stelle. Wir kriegen leider keine kleinteiligen Daten. Es gibt immer Gesundheitsquoten für das gesamte Bezirksamt. Die helfen mir aber nicht. Ich habe die begründete Annahme, dass es im bürgernahen Bereich und im Außendienst höhere Krankheitsquoten gibt als in der steuernden und planenden Verwaltung, und das, was ich so wahrnehme, stützt das. Wir kriegen diese Daten aus Datenschutzgründen nicht, die ich, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehen kann. Ich würde als Verantwortlicher für meine mehreren Hundert Beschäftigten schon gern wissen, wo das Problem mit der Krankheit ist. Ich würde das gern an Daten belegen können, um dann auch reagieren zu können und zu sagen: Brauchen wir spezielle Angebote? Brauchen wir spezielle Rahmenbedingungen im Bereich der bürgernahen Arbeit? Die Daten kriege ich aber nicht. Insofern müssen wir mit Annahmen umgehen.

Unbesetzte Stellen werden in allen Ämtern für Soziales schnellstmöglich nachbesetzt. Die Büroleitungen, die im Kern dafür zuständig sind, machen das. Aber, ich hatte es schon gesagt, die Personalauswahl wird herausfordernder, und so ein Verfahren zur Nachbesetzung einer Stelle dauert mehrere Monate, teilweise über ein Jahr. Ich will Ihnen nur mal als Beispiel geben: Allein zwölf Wochen, drei Monate, gehen durch die Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen ins Land, denn wenn ich eine Ausschreibung einleite, haben die Beschäftigtenvertretungen jeweils sechs Wochen Zeit, um dazu Stellung zu nehmen. Wenn ich dann jemanden ausgewählt habe, haben die Beschäftigtenvertretungen sechs Wochen Zeit, dazu Stellung zu nehmen. Das sind schon mal drei Monate, die im Prozess dazukommen, ohne die Relevanz der Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen kleinreden zu wollen. Ich sage nur, das sind Prozesse, die sehr lange dauern. Wenn wir dann noch Auswahlgespräche führen und Ersatztermine anbieten müssen, aber auch wollen, weil wir nicht – – Wir haben teilweise nicht 30 Bewerber, wo wir sagen: Super, wenn wir mit zehn sprechen –, sondern wir haben drei, und dann wollen wir auch gern mit allen drei sprechen und gucken, wer davon der beste ist.

Azubis sind ein ganz zentraler Punkt. Ich kann jedenfalls für Neukölln sagen, dass wir sehr viel Wert darauf legen, auch in der Absicht, sie dann zu halten. Mein Amt ist das Amt mit dem höchsten Anteil im Bezirk, das Auszubildende ausbildet und dann auch übernimmt.

Wir haben eine hohe Fluktuation. Ich meine, wir haben seit 2020 die Hälfte des Personalbestandes bei uns ausgetauscht, und nicht, weil wir es wollen, sondern weil die Fluktuation so ist, altersbedingt, aber auch dadurch, dass Menschen uns verlassen oder wir sagen: Das ist leider nichts. Das hat nicht funktioniert.

Zur Laufzeit von Bescheiden gab es noch eine Frage. Das ist aus meiner Sicht gar nicht so das Kernproblem, weil wir die Leistungen ohnehin zwischenzeitlich immer anpassen müssen. Wenn der Bescheid zwei Jahre läuft, müssen wir ihn im Zweifel genauso oft anfassen, als wenn er ein Jahr läuft, weil sich die Rahmenbedingungen ändern, Mieterhöhung, eine Versicherung ändert sich, Renten werden angepasst und so weiter. Wir müssen dann sowieso an die Bescheide ran, und wir müssen die immer wieder anfassen, immer wieder rausholen. Insofern ist die Laufzeit nicht zwingend das Entscheidende, weil sich zwischendurch vieles ändert.

Zum Best Practice Digitalisierung kann ich Ihnen gar nicht so viel sagen. Das Jobcenter liegt nahe, auch vom Rechtsgebiet, und das ist immer das, worauf ich mich beziehe. Da funktioniert es besser.

Es gab die Frage, was wir tun, wenn die Räumung droht, weil die Ämter die Miete nicht überweisen. Ganz so ist es ja nicht. Bis es zu einer Räumung kommt, ist es ein langer Prozess. Das heißt, wenn jemand eine Woche vor der Räumung zu uns kommt, muss ich sagen: Dann kommen Sie wirklich zu spät. Dann hätten Sie vor einem halben Jahr zur Sozialberatung gehen oder zu uns kommen sollen. Wir haben ein Präventionsteam, das sehr gut arbeitet, das in 50 Prozent aller Fälle einen Wohnungsverlust abwenden kann. Laufende Leistungen werden weiterhin ausgezahlt, auch wenn der Bescheid möglicherweise abgelaufen ist. Die Leistungen laufen erst mal weiter. Wir stellen keine Leistung ein, weil der Zeitraum des Bescheides abgelaufen ist. Diese Situation gibt es nicht, sondern wir bewilligen dann nachträglich weiter.

Zur Umstellung der Eingliederungshilfe: Die Bezirke waren an den Absprachen zwischen Träger und Senatsverwaltung, auch zur Zeitschiene, nicht beteiligt. Das heißt, wir setzen jetzt das um, was uns vorgegeben wird. Wir bemühen uns, aber für Neukölln haben wir 1 878 Fälle, die manuell umgestellt werden müssen. Zusätzlich zum Fachverfahren müssen wir noch in einer Exceltabelle Berechnungen anstellen. Das ist herausfordernd, und ich kann Ihnen hier und heute nicht zusichern, dass das bis Ende des Jahres klappt. Wir versuchen es.

Zum Abschluss gab es noch den Hinweis, dass das Abgeordnetenhaus keine Einflussmöglichkeit auf die bezirklichen Haushaltspläne hat. Das würde ich anders sehen. Ich würde mich nicht in Polemik versteigen wollen, das ist nicht meine Rolle. Am Ende beschließt das Abgeordnetenhaus den Gesamthaushalt, und natürlich ist es denkbar, und das wurde in der Vergangenheit auch schon gemacht. Im laufenden Haushalt wurden in Neukölln 400 000 Euro Mehrausgaben für Jugendarbeit reingeschrieben – in Klammer: ohne zu sagen, wo es herkommen soll. Das hat uns, ehrlich gesagt, in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Vielleicht ist der Weg nicht der Richtige, aber natürlich hat das Abgeordnetenhaus durchaus Möglichkeiten, auch Dinge in die bezirklichen Haushaltspläne reinzuschreiben – ich bitte nur, auch im Interesse meiner Stadtratskollegen im Bezirksamt, immer mit einer Finanzierung, die nicht aus dem Bezirkshaushalt kommt, denn dann kriegen wir an anderer Stelle Probleme. – Vielen Dank für Ihre Zeit!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Antworten! Nur eine kurze Anmerkung: Die Anmerkung von Herrn Kurt bezog sich auf unseren Einzelplan, und dementsprechend bezog sich auch meine Äußerung auf unseren Einzelplan. – Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Sachverständigen! Danke, Herr Wohltmann, dass Sie als erfahrene und qualifizierte Fachkraft, als Sprecher für die unabhängigen Sozialberatungsstellen, heute hier sind und die Bedarfe noch mal genannt haben. Ich möchte hier sagen: Gerade deshalb, weil die Bedarfe da sind, haben wir die Mittel im Doppelhaushalt 2024/2025 erhöht. Wir sehen aber auch, dass die Ist-Zahlen – – Die Gründe haben Sie genannt. Das ist so, das teile ich. Es ist nicht einfach, Fachkräfte, Personal zu finden et cetera, aber wir passen im kommenden Doppelhaushalt den Ansatz auf die Ist-Zahl an. Wir sind auf 2 Millionen Euro runtergegangen. Das ist keine einfache Situation, in der wir uns befinden. Die Mittel sind knapp, und wir gucken in meinem Einzelplan, wo es Möglichkeiten gibt, wo wir runtergehen können, ohne die Strukturen kürzen zu müssen, sonst müsste ich, wenn ich hier auf 2,2 Millionen Euro bleibe, woanders kürzen. Ich kann Ihnen sagen: Mein Einzelplan Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Inklusion, Vielfalt und Antidiskriminierung, das sind alles Bereiche, die die Menschen hier in Berlin betreffen, und es tut überall weh. Deshalb müssen wir im Rahmen dieser Konsolidierungsvorgaben abwägen, was vertretbar ist, was eine tragfähige Lösung ist, und deshalb die Entscheidung in dem Bereich. Das bedeutet nicht, dass wir die Bedarfe nicht sehen. Ich habe die Zahlen genannt, und die Menschen in diesen existenziellen Situationen zu unterstützen, ist auch unser Anliegen.

Dann schaue ich mir noch mal die Fragen an, die es gab. Was wir getan haben, ob das Thema überhaupt im Senat angekommen sei et cetera: Sie kennen vielleicht unser Format „Senat vor Ort“. Wir sind alle paar Monate in den Bezirken unterwegs, und ich kann Ihnen sagen, dass das in jeder Senatssitzung mit den Bezirksämtern, in jedem Bezirk, wo wir bisher waren, ein Thema war, vorgebracht von den Sozialstadträtinnen und -stadträten, zuletzt in Spandau. Es ist immer ein Thema, das angesprochen wird. Es ist immer ein Thema, das ich als Senatorin im Senat anspreche, und ich habe, glaube ich, deutlich gemacht, dass ich mich nicht nur für eine Verlängerung der 155 befristeten Beschäftigungspositionen über 2026 hinaus, sondern für eine Entfristung einsetze. Das will ich hier auch noch mal kundtun.

Wir haben auch gehandelt. Wir haben diesen Zielvereinbarungsprozess in die Wege geleitet, und das ist ein sehr umfangreicher Prozess. Natürlich wünsche ich mir auch, dass der schneller vorangeht. Das hängt aber auch an Personalkapazitäten, dazu wird gleich Frau Dr. Rehse noch etwas sagen, aber wir sind dabei. Ich habe auch gesagt, wir erwarten, das kann man noch nicht sicher sagen, und arbeiten darauf hin, dass wir noch vor der zweiten Lesung des Doppelhaushalt 2026/2027 hier ein Ergebnis haben.

Wurde die Digitalisierung berücksichtigt? – Als Senatsverwaltung sind wir im Bereich der gesamtstädtischen Unterbringung, das hatte ich schon erwähnt, aber auch, was unsere Fachverfahren angeht, auf einem guten Weg. All diese Mittel sind im Doppelhaushalt 2026/2027 angesetzt und abgesichert. Was die Digitalisierung in den Bezirken angeht, hat Herr Rehfeldt schon einiges gesagt.

Dann gab es noch eine Frage zu Koordinierungsmaßnahmen oder Aktionsplänen. Wir haben einen Plan. Der Plan ist der Zielvereinbarungsprozess und am Ende hoffentlich eine Stärkung der Bezirke durch personelle Kapazitäten. Das ist der Plan.

Zu den Koordinierungsmaßnahmen: Wir koordinieren überall. Es gibt, wie gesagt, regelmäßige Runden auf den Ebenen Land, Bezirke in verschiedenen Bereichen, seien es die Sozial-

amtsleiterinnen- und -leiterunden mit meiner Arbeitsebene, seien es die Runden der Teilhabefachdienste, seien es die Runden der Sozialstaaträtinnen und -stadträte. Dort koordinieren wir uns, tauschen wir uns natürlich auch aus, und das ist alles sehr konstruktiv. – Dann gab es noch Detailfragen. Dazu würde ich jetzt weitergeben an den Staatssekretär und an die Abteilungsleiterin.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Das war ein ganzer Strauß. Ich versuche es nur stakkatomäßig, damit es nicht zu lang wird. Herr Kurt hatte nach dem Wachschatz gefragt; da lässt sich doch sicher eine schnelle Lösung finden. – Es gibt viele Stellen, wo man zuständigkeitsübergreifend sagt, ich packe in Schulen noch Wachschatz, in Sozialämter oder was auch immer –, aber so funktioniert ein Staat nicht, dass jeder sich über Zuständigkeitsgrenzen hinaus in Sachen begibt, gerade wenn die Mittel etwas eng sind. Ich will an der Stelle aber auch sagen: Die Bezirke haben Wachschatz vor Ort. Sowohl die Senatorin, ich, meine Kolleginnen und Kollegen im Büro machen Hospitationen, um zu verstehen, was vor Ort läuft und nicht nur abstrakt aus der Oranienstraße. In Tempelhof war ich beispielsweise. Dort gibt es den Wachschatz. Der Wachschatz hilft bei der Terminfindung, der hilft bei der Übersetzung. Das heißt, die machen teilweise Sachen, die sie eigentlich nicht machen müssten oder sollten. – Das nur einmal kurz dazu.

Es gab eine Frage zu den Zuwendungsthemen, ob man das Leben nicht nur hier, aber auch insgesamt erleichtern kann. Der Senat hat nach Rücksprache mit dem Rechnungshof alle gesetzlichen – – Die Änderungen in der LHO wurden ausgeführt. Das heißt, die gelten schon, und die Wirkung sehen wir im nächsten Jahr. Das heißt, das sind verschiedenste Themen hier an dieser Stelle. Das muss man dann aber in jedem Einzelfall eruieren. Das Thema mit mehrjährigen Projekten, weil man dort das Antragsverfahren erleichtern kann – – Alles, was an rechtlichen Vorleistungen zu treffen war, hat der Senat im Sommer schon vorgenommen. Jetzt geht es in der Umsetzung darum, dass das tatsächlich auch wirkt.

Vielleicht hilft ein Bild: Wenn ich meine beiden Jungs ins Bett bringe und habe nur eine Decke, dann zupfe ich die Decke. Ich zupfe sie so, dass das Maximum abgedeckt ist, und gerade ist das mit dem Haushalt so. Wir zupfen zurecht, bis es richtig passt. – [Zuruf] – Sie haben zwei Betten. Das war bildlich gesprochen. – Dann müssen alle enger zusammenrücken. Das ist im Prinzip das, was wir gerade machen, weil wir aus dem System, das wir haben, an vielen Stellen – – Puffer hört sich immer so an, als ob man im Luxus lebt, aber Puffer sind dazu da, dass auch unvorhergesehene Sachen passieren, und die Puffer, wenn wir sie so nennen wollen, die nehmen wir alle raus.

Wir haben letztes über Strategiekonferenzen diskutiert, wo wir 40 000 rausnehmen, weil wir sagen, im Ist sind wir darunter. Ich kann Ihnen viele verschiedene Stellen berichten, wo wir schlicht auf das Ist gehen, weil ich nicht mehr den Luxus habe zu sagen: Die Decke ist so breit, ich kann mal ein bisschen breiter ziehen auf der linken oder rechten Seite. – Das passiert hier gerade und genauso auch an dieser Stelle. Wir haben gerade aber im Bereich, den muss ich im Vergleich zu anderen auch noch so sehen – – Da ist ein Aufwuchs von über 50 Prozent in zwei Jahren. Wenn ich eben geschildert habe, dass ich bei der Freiwilligenkoordination etwas rausnehmen muss, was mir sehr weh tut – – Jede Entscheidung muss man verantwortlich treffen. Dementsprechend sage ich hier: An der Stelle gehen wir auf das Ist, denn wenn ich in diesem Jahr 1,5 Millionen Euro habe, ein Dreiviertel des Jahres durch ist, dann weiß ich, dass die 2 Millionen Euro wahrscheinlich reichen werden. Die Frage wäre sonst,

wo. Ich habe keine kreativen Ideen, wo ich jetzt noch was rausnehmen kann. Ich kann immer sagen, die Kollegen ärgern sich dann, aus der Digitalisierung nehmen wir noch mal etwas raus, denn bis ich die Effekte sehe, dauert es, aber das wäre der völlig falsche Weg. Deswegen tun wir so etwas nicht, weil wir in langen Zügen denken und die Kollegen sonst zu Recht sagen: Nein, stopp mal, du gehst zu weit. – Das ist gerade die Situation. Deswegen haben wir an der Stelle sehr verantwortungsvoll eine Entscheidung getroffen.

Vergleiche –in Richtung Herrn Rehfeldt – mit Jobcentern: Das ist ein bisschen schwierig in der Digitalisierung. Ich habe da zentrale Strukturen. Wenn wir uns darauf verständigen – – Wir beide reichen da nicht aus. Wenn Sie mir sagen, die Bezirke sind aufgelöst, alles ist bei mir, dann gehen wir auch anders vor, aber es ist tatsächlich deutlich etwas anderes, was die Jobcenter machen. Ich will da nur einen kleinen Schlenker machen. Viele Kunden der Jobcenter beschwerten sich gerade, dass nur noch diese digitalen Wege vorhanden sind und sie gar nicht mehr an Personen rankommen. Auch das müsste man dabei beachten. Bei den Digitalisierungsthemen will ich noch mal darauf hinweisen: Wir haben größere – – Was heißt Auswüchse? – Das sind Sachen, die gemacht werden müssen, wenn man in langen Zügen denkt. Die sind alle im Haushalt enthalten. Wir haben in den letzten Jahren schon einige Punkte gemacht, wo wir schon laufen. Das hört sich immer so an: Wir warten und machen dann irgendwann. Das GStU-Fachverfahren steht. Die Bezirke werden im nächsten Jahr, wenn das Gesetz beschlossen wird, in GStU-light dann erst mal schon einführen können. Allein dieser Umstand, man telefoniert nicht mehr durch, sondern hat ein Buchungssystem wie bei booking.com oder was auch immer – – War das jetzt Sponsoring? Ich kriege kein Geld. – Allein das entlastet enorm. Wenn wir Verfahren digitalisieren, und da hat Herr Rehfeldt recht – – Das ist dann noch nicht komplett digitalisiert. Wenn jemand in der Eingliederungshilfe seinen Antrag schon digital einreichen kann, dann ist das der erste Schritt. Aber da sitzen die Kollegen dran, dass auch die ganzen Daten von der Antragstellung bis ins Fachverfahren digitalisiert laufen. Das heißt, das ist alles schon im Gange und nichts, worauf wir noch warten.

Ein Punkt, der sehr spannend ist, vielleicht als Lichtblick mal mitgegeben, denn das Sozialrecht, Herr Wohltmann hat es zu Recht erwähnt, ist so komplex, und Herr Düsterhöft hatte auch von der Seite gesagt: Eigentlich finanzieren wir hier etwas, weil die Regelsysteme nicht funktionieren. Die Unabhängige Sozialberatung, wir wissen, was wir an ihr haben, ich würde sie nicht abschaffen wollen, brauchen wir ehrlicherweise nur, weil das Regelsystem, die Sozialämter et cetera, nicht funktioniert. Ich bräuchte sie in der Theorie eigentlich nicht. Das wäre das Ideale. Sie hatten aber auch zu Recht erwähnt, dass das Sozialrecht extrem kompliziert wird. Da gibt es beispielsweise gerade ein Projekt, das mehrere Verwaltungen mit der Senatskanzlei machen, wie anhand von KI der Antragsprozess, wo Menschen keine Ahnung haben: Was trage ich hier ein? – simpler funktioniert. Da gibt es einen Dummy, den ich mir mal angeguckt habe, wo dann die KI sagt: Lade mal irgendeinen Bescheid hoch. – Aus dem Bescheid werden schon 10 Prozent der Daten rausgezogen, wo nicht jeder alles noch mal eintragen muss. Das heißt, auch da sind wir versuchshaft unterwegs, um langfristig Lösungen zu finden.

Ich will dann noch mal zum Haushalt sagen: Wir diskutieren seit drei Jahren, auch davor schon, intensiv über Einsparungen. In der Zeit habe ich hier einen Aufwuchs über 50 Prozent. Ich habe 24/7-Einrichtungen aus der europäischen Finanzierung. Ich habe die mobile Stadtteil– – Wir haben trotz allem an vielen Stellen Aufwüchse. Ich finde, die Abgeordneten, Fachpolitiker müssen das dann auch irgendwann als gegeben annehmen. Das ist Ihre Aufga-

be. Ich kann nur sagen, wir haben da große Aufwüchse in den letzten Jahren, die man nicht einfach so ausschwitzt, und wo man dann auch gucken muss, dass man die Decke dann, wie gesagt, zurechtzupft. – Das dazu.

Am Ende noch, der Prozess zu spät oder zu lang: Ich wünsche mir auch einen schnelleren Prozess, aber ehrlicherweise sind wir da miteinander mit denselben Ressourcen unterwegs. Ich könnte jetzt auch sagen, die Bezirke sollen mal konzentriert mit uns einen Monat lang am Tisch alles ausarbeiten. Das funktioniert, glaube ich, neben der Arbeit, die die Bezirke schon machen müssen, schlicht nicht. Das heißt, es wird konkret an der Stelle geguckt: Was sind Mengen, die verarbeitet werden? Wie viel Arbeitszeit habe ich dafür, und wie viel Bearbeitungszeit brauche ich pro Vorgang? –, sodass wir zu den Aktenraten kommen. Meine Kollegen sagten mir, solche Prozesse hatten wir schon immer in der Vergangenheit. Immer, wenn es zum Torschluss mit SenFin und anderen Beteiligten kam, war dann die Frage: Packt das mal wieder weg. Das Ergebnis kriege ich nicht umgesetzt. – An der Stelle sind wir maximal transparent. Ich kann Ihnen da auch noch sagen, wenn ich Zwischenergebnisse habe, plaudere ich die auch aus. Da müssen wir gemeinsam im Senat erklären, was machbar ist, was nicht. Ich kann nur für die Transparenz sorgen und die Kollegen für die Daten. – Aber zum Prozess gern Frau Rehse.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich möchte noch ergänzen. Frau Wahlen! Sie hatten vorhin auch gesagt: Wo ist denn das Maßnahmenpaket? Wo ist der Maßnahmenplan? Mit der Zielvereinbarung wollen wir genau solche Maßnahmenpläne für die einzelnen Fachmodule festlegen, so haben wir sie genannt, nämlich für die einzelnen Transferkostenfelder, und die Senatsverwaltung arbeitet da zusammen nicht nur mit unserem Haus, sondern auch mit der SenWGP, denn die Pflege ist auch mit den Hilfen zur Pflege in den Bezirken. Das heißt, auch dort haben wir eine übergreifende Zusammenarbeit. Die Finanzverwaltung sitzt in all diesen Arbeitsgruppen mit drin, denn Teil dieser Module wird die effiziente Transferkostensteuerung sein. Auch das ist ein Prozess, der aus dem Abgeordnetenhaus heraus an die Finanzverwaltung den Auftrag gegeben hat, dass wir uns anschauen müssen, wie in Zukunft Kostendämpfungen im System erreicht werden können, weil, wenn man sich die Kurven anschaut, die Kosten immer weiter nach oben und aus dem Ruder laufen.

Ein weiterer strategischer Punkt in dieser Zielvereinbarung ist eine Entlastung und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also die Arbeitgebereigenschaft der Bezirke. Da sind wir in sehr gutem Austausch, denn genau diese Fachkräfteproblematiken, die eben schon angesprochen worden sind, sind auch Themen, die wir uns mit anschauen. Diese lange Zeitdauer wurde eben auch schon gesagt. Wir wären natürlich auch gern früher fertig geworden, aber es ist tatsächlich so, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken und auch bei uns alles nebenher mitmachen und wirklich sehr viel Zeit und Energie reingesteckt haben, um das zum Abschluss zu bringen. Wir sind aber optimistisch, dass wir das Ende November mit den Zielaktenraten beziehungsweise mit den Personalberechnungen, die sich aus diesen ganzen Schätzworkshops, die wir gemacht haben, aus den Mengenzählungen, ergeben, dass wir eine fundierte Vorlage haben und uns das dann bezirksscharf anschauen können und auch schauen können, ob die bisherigen Ressourcen entsprechend verteilt sind, denn das ist, glaube ich, für die Bezirke selbst ein sehr spannender Prozess, an der Stelle intern zu gucken: Wie kann ich das gut steuern?

Dann vielleicht ein kurzer Punkt noch: Ich möchte noch dafür werben, um diese Umstellung in der Eingliederungshilfe im Moment noch nicht so viel Wirbel zu machen. Wenn wir uns im Dezember treffen, und wir stellen fest, es ist noch nichts umgestellt, dann müssen wir anders reagieren, dann werden wir auch anders reagieren. Wir haben aber auch Berechnungen angestellt, wie viel Belastung jetzt auf die Mitarbeitenden zukommt. Wir haben mit den aktuell zur Verfügung stehenden Stellen in den Bezirken, die besetzten Stellen, nicht die VZÄ, die zur Verfügung stehen sollten, und den entsprechenden Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung, die für die einzelnen Bezirke die Fallanzahl vorgeben, Berechnungen angestellt. Das sind im Schnitt 119 Fälle. Wenn man mal von 50 Arbeitstagen ausgeht, die bis Mitte Dezember noch zur Verfügung stehen, sind das ungefähr zweieinhalb Fälle pro Mitarbeiter pro Tag, die umgestellt werden müssen. Wenn man es runterbricht, ist der Berg in der Umstellung vielleicht nicht mehr ganz so groß, und insofern, glauben wir, ist das zu schaffen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen. Ich möchte mit Blick auf die Uhr – wir haben noch zwei weitere Tagesordnungspunkte, und die wollen wir eigentlich gemeinsam schaffen – darum bitten, dass wir versuchen, das innerhalb der nächsten sechs Minuten abzuhandeln, inklusive der Beantwortung. Nur so als Vorschlag. Sie sind diejenigen, die dann länger bleiben müssen. Frau Atli, Herr Kurt, Herr Mirzaie.

Sebahat Atli (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Bei mir haben sich noch kleine Fragen ergeben. Zum einen haben Sie gesagt, dass Sie die Statistik der Senatsverwaltung für etwas unzureichend halten. Deshalb haben Sie Ihre eigene entwickelt. Da frage ich gern den Senat: Führen Sie dahingehend Gespräche, das Statistikverfahren der unabhängigen sozialen Beratungen insoweit für Ihre zu übernehmen, dass Sie die fehlenden Punkte oder das System in Gänze vielleicht verbessern, weil Sie das auch als Ihres annehmen, weil die Zahlen bessere sind? Zahlen, Daten, Fakten, so schwierig sie manchmal erscheinen mögen – – Glaube keiner Statistik, wird ja gesagt, die du nicht selbst machst, aber dennoch können wir ohne Zahlen nicht gezielt Verbesserungen bringen.

Insofern sind wir auf diese Zahlen angewiesen. Sind Gespräche dahingehend mit dem neuen Statistikverfahren, das Sie für sich entwickelt haben, geführt worden, weil die Zahlen plausibler beziehungsweise besser für die Auswertung sind?

Die zweite Frage: Sie haben gesagt, bei Ihnen ploppen Vorgänge auf, die Notfälle sind. Wie schnell, wie gut ist in allen Bezirken in der Regel der Draht zu den Ämtern – Gesundheit, Soziales, Wohnungsamt –, dass Sie schnell vorsprechen können? – Unser Staatssekretär hat gerade positiv die Digitalisierung hervorgehoben, was ich im Grunde genommen richtig finde. Aber auch bei uns, nicht nur bei den Jobcentern, ist es so, dass direkte Kurzgespräche über das Telefon einfach nicht möglich sind. Insofern ist Ihre Unterstützung für besondere Notfälle sehr wichtig. Wie schnell kommen Sie durch? Haben Sie feste Ansprechpartner? – Das wären die zwei Fragen, die ich noch hatte.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Herr Kurt!

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe auch einige Fragen, drei, vier Rückfragen. Aber bevor ich dazu komme, will ich noch mal in Richtung Staatssekretär sagen, ich glaube nicht, dass wir die Sozialberatung in Berlin nur brauchen, weil die Sozialämter nicht funktionieren. Ich weiß nicht, was für eine Logik das ist. Dann könnte ich genauso sagen, wir brauchen gar keine Notunterkünfte in der Wohnungslosenhilfe, weil wir irgendwann den Tag erleben werden, wo es im geschützten Marktsegment wie im alten West-Berlin 5 000 Wohnungen gibt. Die Erfahrung ist: Wenn Sie am Hauptbahnhof mal eine Schicht bei der Kältehilfe mitgemacht haben, kommen da Leute an, die sind verwirrt am Hauptbahnhof, die muss man am nächsten Morgen um zehn wieder zurückschicken, die muss ich aber nicht ins geschützte Marktsegment stecken, sondern das sind Leute, die klassischerweise neben den anderen Fällen, die wir kennen, in die Notunterkünfte gehen. Ich würde auch nicht das eine gegen das andere ausspielen.

Jetzt noch mal zu meinen Fragen: Frau Rehse, ich bin hellhörig geworden, als Sie gesagt haben, SenFin ist Teil dieses Zielvereinbarungsprozesses, und das Ziel ist nicht nur, über Personaluntergrenzen zu verhandeln beziehungsweise Maßnahmenpläne für die einzelnen Bereiche in den Sozialämtern auszuarbeiten, sondern das Ziel sei auch eine Senkung der Kosten. Können Sie uns bitte noch mal darlegen, was eigentlich die Aufgabenbeschreibung in den verschiedenen Arbeitsgruppchen oder -gruppen dieses Zielvereinbarungsprozesses ist? Denn ich frage mich gerade, ob der Zug der Senatsverwaltung für Soziales in dieselbe Richtung fährt wie der Zug der Senatsverwaltung für Finanzen, oder ob man versucht, sich gegenseitig ein bisschen über den Tisch zu ziehen, um zu dieser Zielvereinbarung zu kommen. Wir kennen nämlich diese Prozesse, wenn es unterschiedliche Betrachtungsweisen der Senatsverwaltung gibt. Es ist die Frage: Was kommt als Ergebnis dort heraus?

Mich würde zum Zweiten in Richtung Zielvereinbarungsprozess interessieren, wie Sie – Sie haben gesagt, Sie werden das Ende November vorliegen haben. Ich freue mich darüber, wenn wir das als Fachausschuss auch bekommen. Wie geht es dann weiter?

Was mich auch noch mal in Richtung Frau Kiziltepe und Herrn Bozkurt interessieren würde: Wir haben jetzt noch elf Monate bis zur Wahl. Ich gehe davon aus, wenn jetzt diese Zielvereinbarung vorliegt, dann wird das ein Prozess sein, der dauern wird. Aber wir brauchen ja zumindest irgendwie kurzfristig eine Lösung, die zu einer Erleichterung der Situation in den

Sozialämtern führt, wenn wir schon keine strukturelle Verbesserung hinbekommen. Denn das Problem, das wir in den Sozialämtern haben, ist: Es kommen immer mehr Leute, das sehen wir an den Zahlen. Wenn wir jetzt einen Prozess haben, der mehrjährig ist, denn wir wissen, das Personal wächst nicht auf den Bäumen, wir haben einzelne Themen, die wir noch mal diskutieren müssen, die Frage der Flächenreduzierung, die der Bezirksstadtrat angesprochen hat: Planen Sie als Senatsverwaltung im Gespräch mit den Bezirken zusätzliche kleinere Maßnahmen, um zu einer Entlastung zu kommen?

Um Ihnen mal eine zu nennen, das ist ein ganz anderes Thema: Wir hatten damals die Debatte zu den Krisenhäusern. Da gab es irgendwann mal ein Treffen zwischen den Senatsverwaltungen und den Sozialämtern, und man hat sich dann darauf geeinigt zu sagen: So, wir bringen jetzt pauschal alle mindestens zwei Wochen unter, damit wir von der Debatte wegkommen, ob die Krisenhäuser überhaupt noch finanziert werden oder nicht. – Gibt es so etwas in der Art, etwas Ähnliches, was Sie sich vorstellen können, um zu einer Verbesserung in der Situation bei den Sozialämtern zu kommen?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen lieben Dank! – Herr Mirzaie, bitte schön!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank! – Sie hatten gerade, Herr Staatssekretär, natürlich auch die finanziellen Rahmenbedingungen noch mal thematisiert. Und, ja, Sie haben natürlich recht, im Haushalt dieses Hauses schlummern keine 16 Millionen Euro für Überwachungskameras, schlummern keine 4 Millionen Euro für die NFL oder 6 Millionen Euro für Olympia. Das heißt, wo man hier kürzt, kürzt man natürlich aus der einen Tasche in die andere Tasche der armutsbetroffenen Menschen in unserer Stadt. Insofern unterstreiche ich noch mal, was ich schon bei der ersten Lesung des Haushalts gesagt habe, dass es ein absolutes Ungleichgewicht in diesem Haushalt gibt und dass das ein Konstruktionsfehler dieses Senats und auch des Regierenden und der Koalitionsfraktionen ist, der hoffentlich im weiteren Verfahren korrigiert wird.

Ich möchte mal auf die Querverbindungen von einzelnen Maßnahmen hinweisen, die jetzt auch von Kürzungen bedroht sind, zum Beispiel die mobile Stadtteilarbeit. Da wird sehr viel von den Aufgaben, auch der Beratung, der Sozialberatung, aufgefangen. Wenn man sich mit den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort unterhält, sagen sie, die Menschen gehen nicht immer auf den Punkt zielgerichtet dorthin, wo das Profil des Trägers oder der Bezirk angegeben ist, sondern die haben ihre Sorgen und ihre Fragen und gehen erst mal dorthin, was sie als eine im weitesten Sinne staatliche Hilfs- oder Beratungsstruktur wahrnehmen. Das kann die mobile Stadtteilarbeit sein, die im Seniorinnen- und Seniorenzentrum gerade weilt, das kann die mobile Stadtteilarbeit auf dem Spielplatz sein, das kann natürlich aber auch die Unabhängige Sozialberatung sein. Wenn es nach den jetzigen Planungen des Haushalts geht, soll die Hälfte der Teams der mobilen Stadtteilarbeit wegfallen. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Beratungslandschaft in den Bezirken und Kiezen. Das müssen dann nämlich hier unsere Sachverständigen in ihren Strukturen auffangen. Das wird sie weiter belasten, und das wird nicht zu einer Verbesserung führen.

Ich möchte hier auch noch mal ganz kritisch anmerken, was mir aufgefallen ist: Ich habe beim letzten Mal zweimal mündlich nachgefragt, ob Sie mir als Senat mitteilen, welche Projekte konkret betroffen sind, und ob es schon eine Information gegeben hat. Die Frage wurde, sage ich mal, beim letzten Mal charmant übergangen. Jetzt habe ich in der Zwischenzeit recher-

chiert, und ich würde schon gerne noch mal – der Transparenz halber nutze ich jetzt die Möglichkeit – darauf hinweisen, welche 18 Teams das denn sind. Das ist in Charlottenburg-Wilmersdorf der Stadtteilverein Tiergarten e. V., in Friedrichshain-Kreuzberg das Nachbarschaftshaus Urbanstraße, in Lichtenberg sind es die Kiezspinne und pad – präventive, altersübergreifende Dienste, in Marzahn-Hellersdorf ist es der Klub 74, in Mitte der Moabiter Ratschlag e. V., in Neukölln das Nachbarschaftsheim Neukölln und die interkular gGmbH, in Pankow das Pfefferwerk –

Vorsitzender Vorsitzender Lars Düsterhöft: Herr Kollege, wir haben ein Zeitproblem.

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): – und die BüHa Bürgerhaus gGmbH, in Reinickendorf die Albatros gGmbH, in Spandau der Gemeinwesenverein Haselhorst –

Vorsitzender Vorsitzender Lars Düsterhöft: Herr Kollege, wir haben ein massives Zeitproblem.

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Ich weiß, aber da der Senat diese Antworten beim letzten Mal nicht geliefert hat, und ich weiß, dass viele Interessierte zuschauen, schließe ich das jetzt noch ab. – In Steglitz-Zehlendorf das Stadtteilzentrum Steglitz, dort auch das Nachbarschaftshaus Wannseebahn, in Tempelhof-Schöneberg haben wir das Nachbarschaftsheim Schöneberg und den Kooperationsverbund, die betroffen sind, und in Treptow-Köpenick das Rabenhaus und offensiv 91 e. V. Das wollte ich der Transparenz halber hier noch mal mitgeben, auch für die, die zuschauen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Die Hoffnung war, dass wir vor drei Minuten mit dem TOP fertig sind, aber gut. Dann kommen wir noch zur kurzen Beantwortung. Es gab noch mal kurze Fragen. – Bitte schön!

Nils Wohltmann (BAG AUSB): Danke schön! – Ich versuche, mich kurz zu halten. Die Statistik haben wir mit Herrn Herting, dem zuständigen Mitarbeiter in der Senatsverwaltung, schon abgesprochen. Er fand sie auch spannend, weil sie, denke ich, tatsächlich die Arbeit besser abbildet. Wir sind dazu im Gespräch, wir als BAG sind aktiv auf die Senatsverwaltung zugegangen. Uns hat ein bisschen irritiert, dass 50 000 Euro aus dem Topf für die Statistikverarbeitung geplant sind, dabei haben wir eine fertige Statistik geliefert, die man verarbeiten kann, die Exceltabellen ausspuckt. Wir wissen immer noch nicht so genau, wo diese 50 000 Euro reingehen, aber vielleicht klärt sich das irgendwann noch mal, und wir kriegen eine Rückmeldung.

Zu der Frage mit den Notfällen ist es so: Wir haben tatsächlich nicht in allen Bezirken Zugänge zu den Behörden, nein. Das wäre super, das würden wir uns sehr wünschen. Es gibt Behörden, die gar nicht auf unsere Anfragen reagieren. Es gibt Kolleginnen und Kollegen in anderen Bezirken, die völlig verzweifelt sind, wenn sie E-Mails schreiben, wenn sie versuchen, telefonisch jemanden zu erreichen. Wir kommen nicht durch. Das erschwert unsere Arbeit, und wir würden uns das natürlich anders wünschen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zum Subsidiaritätsprinzip: Ich glaube, dass Freie Wohlfahrtspflege immer gebraucht wird, in jedem Sozialstaat, und niemals obsolet wird, weil Behörden niemals so arbeiten werden wie die Freie Wohlfahrtspflege, deswegen gibt es das in den Sozi-

algesetzbüchern. Wir als Berliner Arbeitsgemeinschaft würden gerne daran festhalten und unser Angebot, soweit es möglich ist, anbieten. Das finde ich noch mal wichtig.

Zu der Mittelabrufung würde ich gerne noch einen Satz sagen: Umso weniger Mittel bereitgestellt werden, desto mehr werden wir eine Top-Down-Spirale haben, das ist bei uns so. Kolleginnen und Kollegen werden gehen, wenn sie weniger Stellenanteile bekommen, sie werden aufhören. Wir finden kaum neue Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir stabile, wachsende Gelder haben, können wir das Personal besser einarbeiten. Das ist einfach so, und das stabilisiert unsere Arbeit. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Herr Bezirksstadtrat, wollen Sie noch etwas ergänzen?

Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt: Ich hatte mir keine konkrete Nachfrage an mich notiert, darum würde ich auch aus Zeitgründen verzichten. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Danke Ihnen! – Frau Senatorin, möchten Sie zu den Wortbeiträgen noch etwas ergänzen? – Bitte schön, Herr Bozkurt!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Ich will nur eine Sache zurechtrücken. Ich habe nicht gesagt, dass wir alle Sozialberatungen et cetera abschaffen. Ich habe gesagt, an vielen Stellen müssen solche Stellen herumdoktern, weil die Regelsysteme nicht funktionieren. Das war von Herrn Kurt ein bisschen extrem formuliert, der das bewusst ein bisschen falsch verstanden hat, glaube ich. – Aber er twittert das schon.

Zu der einen Stelle auch noch mal, weil er eigentlich ein richtiges Beispiel genommen hat: Er hat den Wohnungsmarkt genommen. Natürlich würden wir unsere Strukturen, was die Kältehilfe et cetera betrifft, eindampfen, hätten wir genug Wohnraum. Das ist also ein gutes Beispiel, warum ein Regelsystem nicht funktioniert und man das eigentlich nur kompensiert. Das will ich auch noch mal dazu sagen. Denn dann könnten Sie in der Sozialberatung vielleicht einen anderen Kern besser bedienen, intensiver beraten oder mehr Leute beraten, weil der Staat nicht alles rüberreicht. Darum geht es. Nicht, dass es bei Ihnen so ankommt, als würde ich Sie abschaffen wollen, bei Weitem nicht, sonst gäbe es diese Aufwüchse in der Höhe nicht.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA): Ich würde noch mal auf die Frage von Herrn Kurt eingehen, wieso die Finanzverwaltung beim Zielvereinbarungsprozess mit am Tisch sitzt: Auf der einen Seite natürlich, weil wir für die Personalbedarfsbemessung Festlegungen und Annahmen treffen müssen, was zum Beispiel Urlaubs- und Krankheitszeiten et cetera angeht, wo die Finanzverwaltung natürlich mitreden möchte und wir uns in so einem Prozess ungern umfangreich abstimmen und dann damit zur Finanzverwaltung gehen, und die sagen uns: Nein, das habt ihr euch zwar schön ausgedacht, aber das machen wir alles so nicht mit. – Deswegen wollen wir von Anfang an alle an einem Tisch haben.

Zur Transferkostensteuerung: Da reden wir über solche Dinge wie Leistungsmissbrauch, wo man sich natürlich mal offen fragen muss: Wo gibt es Stellschrauben, wo wir als Senat und auch mit den Bezirken zusammen schauen können? Denn die schwarzen Schafe, die das System ausnutzen, nehmen das Geld für diejenigen weg, die es wirklich brauchen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Ich schaue abschließend noch mal in die Runde. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich kann feststellen, dass dieser Tagesordnungspunkt dann abgeschlossen ist. Ich danke Ihnen allen herzlich für den Austausch, ganz besonders natürlich unseren Gästen für den Input, für das Beantworten aller Fragen. Seien Sie sich gewiss, wir nehmen davon sehr viel mit! Haben Sie noch einen guten und erfolgreichen Tag!

Ich stelle fest, dass wir TOP 3 vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1395
Ausstellung des Berechtigungsnachweises (zuvor berlinpass) vereinfachen | 0142
ArbSoz(f)
Mobil* |
| b) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1803
Funktionierendes System für das Berlin-Ticket S entwickeln | 0195
ArbSoz(f)
WiEnBe*
Mobil* |
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1895
9-Euro-Sozialticket dauerhaft erhalten | 0200
ArbSoz
Haupt |
| d) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1864
Teilhabe statt Armut: App für den Berechtigungsnachweis (alt „Berlin-Pass“) einführen | 0209
ArbSoz
Haupt |

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2551
Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes | 0273
ArbSoz
Haupt |
|--|---|

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.